

Nr. 4 • November 2012 • Senioren-Union der CDU Deutschlands • 10. Jahrgang

Senioren  
Union  
*hellwach!*

# souverän

DAS MAGAZIN FÜR MUT ZUR ZUKUNFT



Bundesdelegiertenversammlung 2012 der Senioren-Union:  
**Politik für die ganze Gesellschaft**

WULFF

# Lesen was gesund macht.

## Weitere Themen:

- ▶ **Magen-Darm-Virus:** Alles über Vorbeugung und effektive Behandlung
- ▶ **„Ich beweg' mich!“:** Wie Sie jetzt im Winter zuhause trainieren können
- ▶ **Nickelallergie:** Warum es zu Ekzemen kommt und was Ihnen hilft
- ▶ **App „Apotheke vor Ort“:** Wie Sie 45.000 Beipackzettel immer griffbereit bei sich haben
- ▶ **Gesundheit schenken:** Wertvolle Tipps aus Ihrer Apotheke

Alle 14 Tage NEU  
in Ihrer Apotheke.



[www.apotheken-umschau.de](http://www.apotheken-umschau.de)



*Ich habe mich für die Demokratie eingesetzt,  
weil sie die Freiheit des Menschen sich zu entwickeln, ermöglicht.*

Bildungsgerechtigkeit ist – trotz der medialen Dauerthemen Euro- und internationaler Finanzkrise – wieder in aller Munde. Was ist passiert? Kaum hatte die Bertelsmann Stiftung Ende Oktober ihre Ergebnisse einer neuen Bildungsstudie veröffentlicht, ist der Aufschrei quer durch die Gesellschaft wieder groß. Der Studie zufolge gibt es pro Jahr 50.000 Schülerinnen und Schüler auf einer weiterführenden Schule, die es nicht schaffen, die Lernziele und Anforderungen der jeweiligen Schule/Schulform zu erreichen und demzufolge auf die nächst „tieferen“ Schulform (von Gymnasium auf Realschule oder von Real- auf die Hauptschule) wechseln (müssen). Sie werden als „Absteiger“ bezeichnet. Dem gegenüber stehen nur 23.000 Schülerinnen und Schüler, also noch nicht einmal halb so viele, die den umgekehrten Weg nach oben schaffen, also „Aufsteiger“ sind.

U.a. erklärt die Bertelsmann Stiftung, dass es in Bayern und Baden-Württemberg mehr Hauptschüler gebe, die zur Realschule aufsteigen als z.B. in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, wo die Hauptschule eher ein „Auffangbecken“ sei und zur „Restschule“ verkomme. Geht es nach den Bildungsexperten der Bertelsmann Stiftung, sollte es eine langsame Auflösung der Grenzen zwischen den verschiedenen Schulsystemen geben. Was heißt das nun in der Konsequenz? Die „Einheitsschule“ für alle einführen? Gemeinsames Lernen von der ersten bis zur zehnten, zwölften oder dreizehnten Klasse?

Wer dieser Empfehlung zustimmt, verkennt, dass jedes Kind verschieden ist und unterschiedlich gefördert werden muss. Es stellt sich somit wieder einmal die Grundsatzfrage: Soll ein Schulwesen am Prinzip der Freiheit oder am Prinzip der Gleichheit orientiert sein? Für mich ist die Antwort klar: Freiheit hat eindeutig Vorrang vor Gleichheit, denn Gleichheit wäre der Tod der Individualität. Gerecht ist eben nicht gleich! Wer das aber kundtut, wird direkt kritisiert und verunglimpft. Die Wahrheit ist: Beim Start in die Bildungslaufbahn sollten alle Kinder – abgesehen von den Genen – die gleichen Chancen haben, das betrifft vor allem einen Mindeststandard an Sprachvermögen, um dem Unterricht auch entsprechend folgen zu können. Gleiche Zielchancen aber kann es nicht geben. Denn selbst wenn Bildung am Ende „gleichmäßig“ verteilt würde, würden doch auch andere Unterschiede und Faktoren durchschlagen, wie z.B. die familiäre Förderung oder die persönliche Begabung.

Der Staat kann und muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Begabungen unabhängig von Milieus entfalten können. Aber Bildungsgerechtigkeit ist etwas anderes, als die sozialstaatliche Umverteilungsrhetorik nahelegt. Der Gleichstellungszwang im Bildungssystem hat sich schon immer als die größte Ungerechtigkeit überhaupt erwiesen. Gleichmacherei führt zu Chancen- und Teilhabegerechtigkeit. Der Berliner Erziehungswissenschaftler Heinz-Elmar Tenorth hat einmal treffend gesagt: „Die Beseitigung der Ungleichheit durch Bildung ist ein kollektives Missverständnis.“

Eine Schulform – wie z.B. die Hauptschule – abzuschaffen, die Schulvielfalt einzuschränken, Schulformen umzubenennen oder Schulformen neu zu „etikettieren“, all das ändert nichts daran, dass Kinder und Jugendliche von Geburt an unterschiedliche Begabungen haben, die individuell gefördert werden müssen. Sicherlich kann man unser Bildungssystem verbessern, können Lerninhalte weiterentwickelt und Lehrerausbildungen zeitgemäß reformiert werden. Aber: Auch wenn Bildung die soziale Frage des 21. Jahrhunderts und Bildung unser wichtigster Rohstoff ist, heißt das noch lange nicht, dass jedes Kind, das die Welt erblickt, auch – überspitzt formuliert – „zwangsweise“ Abitur und einen Studienabschluss machen muss. Der Mensch beginnt schließlich nicht erst mit dem Abitur, ein Mensch zu sein.

Wir brauchen – und das sollte gesellschaftsübergreifend Konsens sein – auch in Zukunft Handwerker und Kaufleute, nicht nur Studenten. Vielfalt ist Trumpf. Dafür setzt – trotz aller Kritik – unser Bildungswesen grundsätzlich den richtigen Rahmen, auch wenn längst noch nicht alles optimal läuft. Aber dass sich die Länder z.B. kürzlich auf neue Bildungsstandards für Abiturienten verständigt haben, lässt auf weitere Verbesserungen im Bildungssystem hoffen. Solche Fortschritte sind allemal besser als ständige Schulstrukturdebatten.

*Mit freundlichen Grüßen  
Otto Wulff*

Prof. Dr. Otto Wulff

Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands

**Impressum**

**Herausgeber**

Senioren-Union der CDU Deutschlands  
Konrad-Adenauer-Haus  
Klingelhöferstr. 8  
10785 Berlin  
Tel. 030 / 220 70 - 4 45  
Fax 030 / 220 70 - 4 49  
E-Mail seniorenunion@cdu.de  
www.senioren-union.de

**Verlag**

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG  
Postfach 30 · 52153 Monschau  
Geschäftsführer: Georg Weiss  
Verlagsleiter: Alexander Lenders  
Tel. 02472 - 9 82 118  
Fax 02472 - 9 82 77 114  
alenders@weiss-verlag.de

**Anzeigen und Beilagenkontakt**

Verlagsrepräsentanten  
Wolfgang Braun  
Braun Medien GmbH  
Riedelstraße 14  
42349 Wuppertal  
Tel. 0202 - 3 17 86 93  
Fax 0202 - 3 17 86 95  
kbmedien.braun@t-online.de

**Auflage:**

70000 Exemplare über personalisierten Posteinzelvertrieb, davon 58000 an Senioren-Union-Mitglieder und 12800 an CDU-Funktions- und Mandatsträger

**Leserzuschriften an:**

Senioren-Union der CDU Deutschlands  
Redaktion Souverän  
Konrad-Adenauer-Haus  
(Adresse s.o.)

**Herstellung:**

Weiss-Druck GmbH & Co. KG  
Hans-Georg-Weiss-Straße 7  
52156 Monschau  
Layout: Ute Meurer / Anita Müller

**Redaktion:**

Chefredakteur: Andreas Oberholz  
Tel. 02056 - 5 73 77  
Fax 02056 - 6 07 72  
pressebuero\_oberholz@t-online.de

**Weitere Autoren dieser Ausgabe:**

Dr. Markus Pieper,  
Prof. Dr. Georg Rudinger, Fabian Schalt,  
Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski,  
Ulrich Winz, Prof. Dr. Otto Wulff

**Bildnachweis:**

Oliver Bruemmer, Fotolia,  
Roland Rochlitzer, Ulrich Winz,  
Barmer GEK

Titelfoto: Roland Rochlitzer



**BUNDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG**

- ➔ **6 Senioren – Rückgrat der Gesellschaft**  
Jede Menge Prominenz am Rednerpult, spannende Debatten – wieder einmal setzte die Senioren-Union Zeichen. Ein ausführlicher Bericht von der 14. Bundesdelegiertenversammlung in Recklinghausen ...

**BUNDESPARTEITAG**

- ➔ **12 Leitantrag mit Defiziten**  
Anmerkungen der Senioren-Union im Vorfeld des CDU-Bundesparteitages in Hannover

**RENTEN**

- ➔ **13 Rente in der Diskussion**  
Junge Abgeordnete der Koalition präsentierten kürzlich ein eigenes Rentenpapier. Hier die Bewertung aus Sicht der Senioren-Union.
- ➔ **14 Freie Wahl des Rentenalters?**  
Das Älterwerden von Gesellschaften birgt durchaus auch Chancen. Wie sind diese zu nutzen? Ein Diskussionsbeitrag von Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski.

**GESUNDHEITSWESEN**

- ➔ **18 Zusatzkosten durch Alterung überschätzt**  
Wer oder was ist der größte Kostentreiber im Gesundheitssystem? Eine aktuelle Studie der Barmer GEK gibt überraschende Antworten.

**POLITIK UND GESELLSCHAFT**

- ➔ **22 Moral und Marktwirtschaft**  
Stimmt das Bild vom bösen Kapitalismus, das Medien unter dem Eindruck von Banken- und Eurokrise zeichnen? Ein Interview mit Prof. Dr. Christoph Lütge.

- ➔ **23 Sonderbriefmarke für Dr. Helmut Kohl**  
Eine Initiative der Senioren-Union wurde Realität.

- ➔ **33 Mehr Generationen-Zusammenhalt**  
Eine Stellungnahme von Senioren-Union und Junge Union zur Großelternzeit.

**EUROKRISE**

- ➔ **24 Erst weniger Schulden – dann mehr Europa!**  
Ein Interview mit Dr. Markus Pieper MdEP zu Euro, EZB, Bankenunion und rot-grüner Aufgabe deutscher Interessen.

**EUROPÄISCHE SENIOREN UNION**

- ➔ **28 Nachrichten und Hintergründe aus der Europäischen Senioren-Union**

**AUS DER SENIOREN-UNION**

- ➔ **30 Der neue Mann am Ruder**  
Seit dem 1. August 2012 ist Jan Christian Janssen neuer Bundesgeschäftsführer der Senioren-Union. Mehr zu seiner Person und Aufgabe ...

**COMPUTER UND INTERNET**

- ➔ **31 Im Internet browsen ...**  
Hilfe im Technikdschungel, Teil 4

**VERKEHR**

- ➔ **32 Gefährdet oder gefährlich?**  
Ein Beitrag von Prof. Dr. Georg Rudinger zu Fahrtüchtigkeits-tests für ältere Verkehrsteilnehmer.



**LESERBRIEFE**

- ➔ **35 Aus der Leserpost**

# Gesund und fit – auch im Alter

## Weitere Themen:

- ▶ **Sehbehinderten helfen:** Wie Sie blinde Menschen am besten unterstützen können
- ▶ **Behandlung zu Hause:** Warum die Medizin immer öfter zum Patienten kommt
- ▶ **Heilen mit der Natur:** Wie Heimbewohner davon profitieren können
- ▶ **So duftet Weihnachten:** Alles über Gewürze von Anis bis Zimt
- ▶ **Welche Pflege verjüngt die Haut?** Wertvolle Tipps von Kosmetik-Experten

Jeden Monat neu  
in Ihrer Apotheke.



[www.senioren-ratgeber.de](http://www.senioren-ratgeber.de)

„Lokalmatador“ und  
Junge Union-Vorsitzender  
Philipp Mißfelder und  
Senioren-Chef  
Prof. Dr. Otto Wulff.



Jede Menge Prominenz am Rednerpult, spannende Diskussionen – wieder einmal setzte die Senioren-Union Zeichen. Der alte und neue Bundesvorsitzende Prof. Dr. Otto Wulff formulierte es so: „Sich nicht verbeugen oder verbiegen vor dem Zeitgeist, nicht feige verkriechen, sondern als Demokraten die Pflicht tun, nämlich sagen, was ist ...“

14. Bundes-  
delegierten-  
versammlung der  
Senioren-Union:

# Senioren – Rückgrat



Sagen, was ist. Dieses Bekenntnis zu „klarer Kante“ bestimmte schon den Auftakt. Traditionsgemäß stand das „C“ im Mittelpunkt, als Pfarrer Christian Siebold und Probst Jürgen Quante, musikalisch unterstützt von Sabine Wilkening am Flügel, mit den Delegierten eine ökumenische Andacht zelebrierten. Und dann ging es Schlag auf Schlag: fulminante Reden, aber auch engagierte Antragsdebatten und fleißige Bewältigung der umfangreichen Tagesordnung.

Nach einem launigen Grußwort von Wolfgang Pantföerder (CDU), der schon seit 1999 als Bürgermeister der Stadt Recklinghausen im meist „roten Ruhrgebiet“ die Fahne der Union hochhält, ergriff der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, das Wort. Er gab der zweitgrößten CDU-Vereinigung in seinem Rechenschaftsbericht zugleich Leitplanken für die politische Arbeit der nächsten Monate und Jahre mit auf den Weg. „Wir wollen nicht nur die Älteren vertreten“, so



Diskussionen und Fachsimpeleien auch am Rande der Veranstaltung.

Der Präsident der Europäischen Senioren Union (ESU), Dr. Bernhard Worms, und Jana Höhl von der Berliner Bundesgeschäftsstelle der SU.

## Aufgaben der Seniorenpolitik

„Alter heißt mehr denn je, gebraucht zu werden“, so begann die Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, ihre mit viel Beifall bedachte Rede. „Wir müssen die Seniorenpolitik auf die heutige Vielfalt des Alters ausrichten“, so ihr Credo. So werde die Rolle der Großeltern in der öffentlichen Debatte „gnadenlos unterschätzt“. Ihr Ministerium plane daher analog zur Elternzeit eine Großelternzeit für berufstätige Großeltern. Immerhin sei gut ein Drittel der heutigen Großeltern noch aktiv im Beruf. Für die Politik der Bundesregierung und ihres Ministeriums gelte die Leitlinie: Es ist nicht Aufgabe der Politik, den Familien zu sagen, wie sie leben sollen. Aufgabe sei es vielmehr, dafür zu sorgen, dass Familien leben können, wie sie wollen. Bei der Seniorenpolitik dürfe man aber nicht nur die Gesunden und Fitten im Auge haben, so die junge Mutter. Immerhin 2,3 Millionen Menschen seien aktuell pflegebedürftig. Da im Bereich der privaten Pflege überwiegend Frauen zwischen Mitte 50 und Mitte 60 die Last trügen, sei auch die Frage der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf eine wichtige. Deshalb habe ihr Ministerium die Familienpflegezeit kreiert.



Umjubelte Rede: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel dankt den Delegierten. Lks.: Prof. Dr. Wolfgang von Stetten, SU-Vorsitzender Baden-Württemberg, rechts Prof. Dr. Otto Wulff.

# der Gesellschaft

rief er den Delegierten zu, „sondern gemeinsam mit den Jungen Politik für die ganze Gesellschaft machen.“ Dabei gelte es, die Dynamik der Jugend mit der Erfahrung des Alters zu verbinden. Wulff definierte in der Folge wichtige Politikfelder, auf denen die Senioren-Union Beiträge leisten könne und solle. In Sachen Demografie etwa müsse die Senioren-Union „tiefer denken, um auch die Chancen zu erkennen“, damit die Sorgen und Ängste von heute keine Realität würden. Des tie-

feren Nachdenkens wert seien beispielsweise Themenfelder wie Beschäftigungsmöglichkeiten im Alter, altersgerechtes Wohnen, die Infrastruktur im ländlichen Bereich oder auch die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme und des steigenden Pflegebedarfs. Eine zentrale politische Aufgabe, so Wulff, sei auch die Stärkung von Ehe und Familie. Die Ehe verdiene den besonderen Schutz des Staates, denn sie sei i.d.R. auch ein Bekenntnis zur gemeinsamen Verantwortung für Kin-

der und ein Versprechen auf gegenseitige Hilfe und Pflege. In diesem Sinne widersetze sich die Senioren-Union ganz energisch der Abschaffung des Familiensplittings im Steuerrecht. Aber, so mahnte Wulff auch: „Familien- und Kinderfreundlichkeit kann man alleine durch finanzielle Zuwendungen nicht schaffen, das haben wir viel zu lange geglaubt.“ Wenn eine Mutter mit drei Kindern als Sozialfall empfunden werde, dann sei eine Gesellschaft trotz ihres allgemeinen Wohlstands



Die Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz und stv. Bundesvorsitzende der SU, Helga Hammer, im Gespräch.



Alfons Gerling, stv. Bundesvorsitzender (SU Hessen) und Medienbeauftragter Claus Bernhold (SU Baden-Württemberg).

## Volkswirtschaftlicher Rundumschlag

„Wenn die Welt sich ändert, kann man nicht weitermachen wie bislang!“ Die Delegierten der Senioren-Union erlebten in Recklinghausen eine kämpferische und zu packend formulierende Kanzlerin, die einen großen volkswirtschaftlichen und europapolitischen Bogen schlug, um Sorgen, Nöte und Ziele der aktuellen Politik zu erläutern. Europa habe derzeit ein Problem, weil sich zu viele daran gewöhnt hätten, über ihre Verhältnisse zu leben. Das habe einige Mitgliedsstaaten in die Abhängigkeit von den Finanzmärkten gebracht. Um dieses Dilemma aufzulösen, sei es notwendig, aus der Schuldenunion eine Stabilitätsunion zu machen. Die Eurozone müsse sich jetzt strenge Regeln geben, was bei der Einführung der neuen Währung versäumt worden sei. Die vieldiskutierten Eurobonds seien keine Lösung. Die Kanzlerin im 0-Ton: „Das ist doch im Grunde das, was jahrelang gemacht wurde und in die Krise geführt hat.“ Dass es Wege aus der Abhängigkeit gebe, zeige u.a. das Beispiel Indonesien. Dort sei die Staatsverschuldung von 80 auf 24 % (Anm. der Red.: bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt/BIP) zurückgeführt worden.

Die Kanzlerin forderte Europa und speziell die Deutschen dazu auf, sich stärker auf Technik und Innovation einzulassen. „Wir dürfen in Europa nicht schlafen und müssen zusehen, dass wir künftig besser oder zumindest gleichwertig sind auf den Weltmärkten.“ So biete die Energiewende große Chancen, neue Exportschlager zu kreieren. Voraussetzung sei allerdings, diese Herausforderung auch anzunehmen und neue Technologien samt deren Infrastruktur erfolgreich umzusetzen. „Wachstum kann man nicht in Gesetze schreiben, Wachstum muss erarbeitet sein“, mahnte dazu die Kanzlerin. Und weiter: „Wenn wir unseren Lebensstandard halten wollen, müssen wir immer als Erste die Technologien von morgen haben.“ Nur dann, bei wirtschaftlicher Prosperität, könne man auch sozial handeln. Merkel dankte der Senioren-Union, „dass sie in der Europa-Frage nicht wackelt“. Die Senioren seien das Rückgrat der Gesellschaft und die Senioren-Union das Rückgrat der Partei. Insbesondere lobte die Kanzlerin die „starke, energische Stimme“ der Senioren-Union, wenn es darum gehe, bestimmte Grundwerte nicht zur Disposition zu stellen.



krank und habe wenig Zukunft. Diese Einstellung in den Köpfen gelte es zu ändern. Vehement plädierte Wulff dafür, in der Europa-Politik nicht zu wackeln. Bei aller Komplexität der augenblicklichen Krisenproblematik dürfe sich die CDU als ausgewiesene Europapartei nicht aus der Verantwortung stehlen. Deutschland könne seinen Wohlstand „nur mit mehr Europa halten, nicht mit weniger“, sagte Wulff und befand sich damit im Einklang mit der Bun-

deskanzlerin, die einige Stunden später ähnliche Worte fand (vgl. auch Kasten). Das trostlose Bild, das viele derzeit von Europa zeichneten, werde den Realitäten überhaupt nicht gerecht. Weiterhin könne Europa mit gut ausgebildeten Menschen, einer hohen Wirtschaftskraft und anderen sozio-kulturellen Vorteilen punkten. Aber, so mahnte Wulff, eine weitere Überschuldung wäre „ein fataler Schritt in die europäische Zukunft“. Seine Vereinigung forderte Wulff zu mehr



Prof. Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, stv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender Baden-Württemberg der Senioren-Union.



Die Landesvorsitzende von Sachsen und stv. Bundesvorsitzende der SU, Friederike de Haas.



Leonhard Kuckart, NRW-Landesvorsitzender und stv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union.



Rolf Berend, Landesvorsitzender der Senioren-Union Thüringen.



Bundesschatzmeister Heinz Soth bei seinem Finanzbericht.



Passendes Geschenk für eine junge Mutter: Prof. Otto Wulff überreichte Familien- und Seniorenministerin Kristina Schröder ein Schaukelpferd.



### Strukturreformen erforderlich

„Europa ist mehr als Euro und Cent, Europa ist eine großartige Idee. Deshalb werden wir Europa nicht im Stich lassen“, versprach der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, den Delegierten und Gästen der Senioren-Union im Ruhrfestspielhaus Recklinghausen. Nicht ahnend, dass wenige Wochen später der Friedensnobelpreis an die Europäische Union vergeben wurde, erinnerte Kauder daran, dass die einst großartige Vision von einem Europa ohne Grenzen Wahrheit geworden und die Friedenssicherung auf dem Kontinent gelungen sei. Das Erreichte habe allerdings nur eine Zukunft, wenn sich jetzt in Zeiten der Eurokrise auch alle an die vereinbarten Spielregeln hielten. Es sei niemandem geholfen, wenn nur Geld gedruckt werde, so Kauder, der an diesem Tag seinen 63. Geburtstag feierte. Erforderlich seien vielmehr Strukturreformen, die an die Wurzeln der Probleme gingen. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit sei in diesem Zusammenhang oberstes Gebot. Nur so sei auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Staaten zu beseitigen und die Jugend dieser Länder wieder für das „Haus Europa“ zu begeistern.

Präsenz und Einmischung vor Ort auf: „Meldungen aus dem vierten Stock eines Hauses mit schöner Aussicht erreichen die Bewohner im Erdgeschoss meist nicht“, so sein Vergleich. Mit Blick auf die Bundestagswahlen 2013 rief er zu kämpferischem Optimismus auf: „Das ist das beste Werbemittel für unsere Vereinigung!“ Verdienter Lohn für gelungene Rhetorik und politische Arbeit der letzten Jahre: die erneute Wiederwahl. Mit 94,8 Prozent

der Stimmen wurde Prof. Dr. Otto Wulff, der bereits seit zehn Jahren an der Spitze der größten politischen Seniorenorganisation steht, erneut in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wählten die Delegierten Friederike de Haas, Alfons Gerling, Rainer Hajek, Helga Hammer, Leonhard Kuckart und Prof. Dr. Wolfgang von Stetten (siehe Kasten Wahlergebnisse). Ein politisches Feuerwerk erwartete die Delegierten bei den mit viel Spannung erwarteten und immer wieder mit riesi-



Gute Stimmung unter den Delegierten.



Konnten mit Ablauf und Organisation sehr zufrieden sein: der neue Bundesgeschäftsführer der Senioren-Union, Christian Janssen, und Anja Enzenberg von der Berliner SU-Geschäftsstelle.



## NRW zurückgewinnen

Selbstbewusst und kämpferisch präsentierte sich der neue Landesvorsitzende der NRW-CDU, Armin Laschet, am Morgen des zweiten Tages den Delegierten. Trotz der herben Wahl-niederlage im Mai sehe er das Land zwischen Rhein und Weser keineswegs als sozialdemokratische Bastion. Die Christdemokraten hätten NRW in wichtigen Fragen geprägt, nicht Johannes Rau, so Laschet. Beispielsweise sei die Mitbestimmung aus NRW heraus auf den Weg gebracht worden. Die Partei müsse jetzt wieder stärker über ihre Kernkompetenzen reden, vor allem über die Wirtschaftspolitik. „Wir hier in NRW wollen ein Industrieland bleiben, und dafür müssen wir auch streiten“, mahnte er mit Blick auf neue Gas- und Kohlekraftwerke, die trotz Energiewende hin zu den Regenerativen nötig seien. Laschet, in der Regierungsmannschaft von Jürgen Rüttgers Generationsminister, bedauerte, dass Rot-Grün sein ehemaliges Ministerium wieder aufgespalten habe. Die CDU habe das Ressort mit Bedacht geschneidert, weil sie eine Partei sei, die Gegensätze versöhne. „Ein Krieg der Generationen ist nicht das Modell der Union“, rief er unter großem Beifall der Delegierten.

## Der neue Bundesvorstand

Auf der 14. Bundesdelegiertenversammlung am 3. und 4. September 2012 in Recklinghausen wurden gewählt:

### Bundsvorsitzender:

Prof. Dr. Otto Wulff,  
Nordrhein-Westfalen

### Stv. Bundsvorsitzende:

Friederike de Haas, Sachsen  
Alfons Gerling, Hessen  
Rainer Hajek, Niedersachsen  
Helga Hammer, Rheinland-Pfalz  
Leonhard Kuckart, Nordrhein-Westfalen  
Prof. Dr. Wolfgang von Stetten,  
Baden-Württemberg

### Bundesschatzmeister:

Heinz Soth, Nordrhein-Westfalen

### Stv. Bundesschatzmeister:

Dr. Norbert Wiggershaus,  
Baden-Württemberg

### Schriftführer:

Dr. Gerhard Schier, Hessen

### Beisitzer:

Monika Artz, Rheinland-Pfalz  
Eberhard Bauerdick,  
Nordrhein-Westfalen  
Hans-Rudolf Benteler, Nordrhein-Westfalen  
Rolf Berend, Thüringen  
Claus Bernhold, Baden-Württemberg  
Heidi Exner, Oldenburg  
Norbert Gönnewicht, Nordrhein-Westfalen  
Hermine Hecker, Hamburg  
Wolfgang Jaeger, Nordrhein-Westfalen  
Erika Koegel, Niedersachsen  
Ursula Kuri, Baden-Württemberg  
Dr. med. Fred Holger Ludwig,  
Rheinland-Pfalz  
Jens Motschmann, Bremen  
Wilma Ohly, Nordrhein-Westfalen  
Dr. Gabriele Peus-Bispinck,  
Nordrhein-Westfalen  
Detlef Schmidt, Berlin  
Doralies Schrader, Hessen  
Reinhold Uhlenbrock, Nordrhein-Westfalen  
Wolff-Eberhard von Hennigs,  
Baden-Württemberg

gem Applaus bedachten Reden von Volker Kauder, Vorsitzendem der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Dr. Kristina Schröder, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (siehe Kästen). Den Schlusspunkt unter den ersten Tag, an dem auch diverse Anträge für den Bundesparteitag im Dezember diskutiert und beschlossen wurden (vgl. Souverän 3-2012, S. 8 ff.), setzte Lokalmatador Philipp Mißfelder. Der Bundestagsabge-

ordnete für den Kreis Recklinghausen und Bundesvorsitzende der Jungen Union, der mit SU-Chef Wulff in den letzten Jahren schon in zahlreichen Veranstaltungen für eine „Union der Generationen“ warb, stimmte die Delegierten auf den eher gemüthlichen Teil – den Nordrhein-Westfalen-Abend – ein.

Am zweiten Tag stellte Dr. Bernhard Worms, Präsident der Europäischen Senioren Union (ESU), die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit seiner Organisa-

tion für die nächsten Jahre vor. Es gelte, die Lebensqualität und Lebenszufriedenheit der Menschen in Europa zu steigern und Generationengerechtigkeit einzufordern. Herzlich empfangen wurde auch der neue Landesvorsitzende der NRW-CDU, Armin Laschet. Er skizzierte, wie die CDU zwischen Rhein und Weser wieder aus dem Tal nach der verlorenen Landtagswahl im Mai herauskommen kann. Am Ende stand – wie zu Beginn – eine Tradition: die Nationalhymne. <



die lobby für kinder

In Kooperation mit dem  
Deutschen Kinderschutzbund Bundesverband e.V.

## Vorsorge und Schutz für kleine Leute

### VPV Kinderschutzpaket

Finanzielle Sicherheit für die Zukunft sowie finanzielle  
Absicherung bei Krankheits- und Unfallfolgen

**VPV**

Der Vorsorgeberater seit 1827

[www.vpv.de](http://www.vpv.de)

## 25. CDU-Bundesparteitag:

## Leitantrag mit Defiziten

Am 4. und 5. Dezember 2012 findet in Hannover der 25. CDU-Bundesparteitag statt. Anmerkungen im Vorfeld ...

**Zum CDU-Leitantrag:**

Neben den Vorstandswahlen steht der Antrag des CDU-Bundesvorstandes „Starkes Deutschland. Chancen für alle“ im Mittelpunkt des Parteitages Anfang Dezember in Hannover. Der Antrag skizziert, mit welchen thematischen Schwerpunkten und Leitideen die CDU mit Blick auf das Jahr 2025 Wohlstand für alle erreichen und den Wirtschafts- und Bildungsstandort Deutschland stärken will. Als zentrale Zukunftsherausforderungen werden dabei u.a. die Energiewende und der demografische Wandel benannt.

Mit Blick auf die Ausführungen zum demografischen Wandel begrüßt die Senioren-Union, dass die CDU einige Aspekte aufgegriffen hat, die für die ältere Generation von großer Bedeutung sind. Dazu gehören u.a. die Forderung des Ausbaus altersgerechter Arbeitsplätze, die Überprüfung von Alters(höchst)grenzen, die Förderung einer Existenzgründungskultur für Ältere und die Absicht, neue demografieorientierte Schwerpunkte in der Städtebaupolitik zu entwickeln.

Aber: Es hätte gerne mehr und in Teilbereichen auch konkreter sein dürfen. Mit Blick auf eine demografieorientierte Städtebaupolitik fehlt ein klares Bekenntnis für eine dauerhafte finanzielle Förderung für altersgerechte Umbauten. Das KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ muss dauerhaft mit einem entsprechenden Volumen gesichert werden, unabhängig von konjunkturellen oder fiskalischen Entwicklungen. Wohnungen oder Häuser altersgerecht umzubauen ist eine der zentralen Herausforderungen der künftigen Städtebau- und Wohnungspolitik.

Beim Thema „altersgerechte Arbeitsplätze“ bleibt es nur bei der Ankündigung des Ziels. Sicher sind in erster Linie Betriebs- und Tarifpartner auf kommunaler Ebene gefordert. Trotzdem sollte die CDU hier Anregungen geben, wie das Ziel auch erreicht werden kann, z.B. durch „Runde Tische“ vor Ort, an denen Stadtverwaltungen, Unternehmen, Arbeitnehmer und nach Möglichkeit auch Vertreter von Krankenkassen oder Ärztekammern beteiligt sind. Demografieberater für Kommunen und Unternehmen sind ebenso eine Überlegung wert wie Betriebspatenschaften, in denen Ältere eine Art Lotsenfunktion übernehmen und Jüngere unterstützen. Ganz wichtig: Unternehmen brauchen heute ein professionelles Gesundheitsmanagement, wenn sie ältere Arbeitnehmer möglichst lange im Beruf und im Betrieb halten wollen.

Was im Leitantrag fehlt, ist auch die Forderung, dass Alter grundsätzlich neu gedacht werden muss. Die nachberufliche Phase spielt eine immer größere Bedeutung. Das Ehrenamt nimmt gerade für Ältere an Bedeutung zu, sie wollen sich einbringen und nützlich sein. Wenn die CDU einerseits professionelle Berufseinstiegsbegleiter für junge Menschen fordert, warum fordert sie dann nicht auch professionelle Berufsausstiegsbegleiter für diejenigen Menschen, die kurz vor dem oder sich bereits im Ruhestand befinden, aber aktiv bleiben wollen? Hier gibt es aus Sicht der Senioren-Union noch viel Potenzial, das genutzt werden kann. Ein Demografieberater vor Ort könnte beispielsweise auch die Funktion eines professionellen Berufsausstiegsbegleiters übernehmen. Zudem fordert die Senioren-Union, dass eine

Diskriminierung aufgrund des Alters verboten und der Artikel 3 Abs. 3 Grundgesetz entsprechend um den Passus „seines Alters“ ergänzt wird. Leider ist diese Forderung nicht Gegenstand des CDU-Leitantrags.

**Anträge der Senioren-Union zum Thema „Rente“:**

Neben dem CDU-Leitantrag wird sich die Senioren-Union mit eigenen Anträgen zum Thema „Rente“ in den Bundesparteitag einbringen. Wir fordern, dass Rentnerinnen und Rentner, die Grundsicherung erhalten, künftig finanziell bessergestellt werden. Deshalb fordern wir dazu auf, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Regelung herbeiführen soll, die gewährleistet, dass bei Rentnerinnen und Rentnern, die Grundsicherung erhalten und über Renten und rentenähnliche Bezüge verfügen, die ersten 100 Euro dieser Bezüge anrechnungsfrei bleiben und somit nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden. Ferner soll Rentnerinnen und Rentnern mit einem Einkommen, das den Betrag von 100 Euro übersteigt, ein Freibetrag in Höhe von 20 Prozent ab dem 101. Euro gewährt werden. Die gesamten Einkünfte aus Rente, Erwerbseinkommen und Grundsicherung sollen für einen Alleinstehenden im Regelfall jedoch die Summe von 850 Euro nicht überschreiten.

Darüber hinaus fordern wir von der CDU ein klares Bekenntnis dahingehend, dass sie die Pläne von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen MdB und ihre damit verbundene Zielsetzung grundsätzlich unterstützt und einen entsprechenden Beschluss fasst. **FS** <

Rente in der Diskussion:

# Vorstoß junger Abgeordneter löst Kernproblem nicht

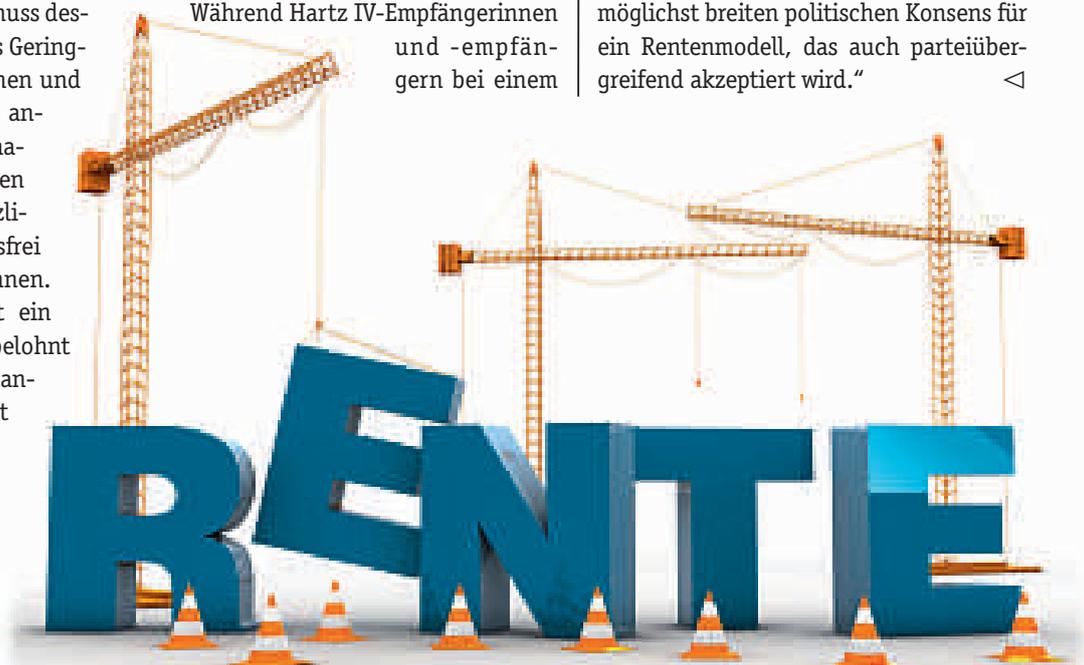
Die Rentendebatte in Deutschland läuft auf vollen Touren. Dem Vorschlag einer Zuschussrente von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen setzten junge Bundestagsabgeordnete von CDU und FDP ein eigenes Rentenpapier entgegen. Eine Bewertung aus Sicht der Senioren-Union ....

Die Vorschläge der jungen Bundestagsabgeordneten um Jens Spahn und Philipp Mißfelder sind nicht zielführend und nicht hilfreich mit Blick auf die aktuelle Rentendebatte“, erklärte Leonhard Kuckart, stv. Bundesvorsitzender der Senioren-Union und Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen, nach Veröffentlichung des Rentenpapiers Anfang Oktober. „Die Idee, dass Rentnerinnen und Rentner, die auf Sozialhilfe bzw. Grundsicherung angewiesen sind, aus ihrer privaten und betrieblichen Altersvorsorge künftig mindestens 100 Euro anrechnungsfrei behalten können sollen, setzt einen völlig falschen Schwerpunkt und löst ein zentrales Grundproblem nicht. Denn die wenigsten Geringverdiener haben in der Regel finanzielle Möglichkeiten, um für das Alter privat vorzusorgen. Es muss deshalb vielmehr darum gehen, dass Geringverdiener, wenn sie in Rente gehen und auf ergänzende Grundsicherung angewiesen sind, die Möglichkeit haben, entsprechend hinzuverdienen zu dürfen, und von ihrer gesetzlichen Rente ein Teil anrechnungsfrei bleibt, um in Würde altern zu können. Was wir wirklich brauchen, ist ein Rentenmodell, das Leistung belohnt und ein Mindestmaß an Lebensstandard im Alter sichert. Deshalb ist die Idee der Zuschussrente von Ursula von der Leyen ein Schritt in die richtige Richtung.“ Richtig wäre aber auch, so Kuckart, wenn die Bundesregierung eine Regelung herbeiführen würde, die gewährleis-

tet, dass bei Rentnerinnen und Rentnern, die derzeit Rente beziehen, Grundsicherung erhalten und hinzuverdienen, die ersten 100 Euro des Hinzuverdienstes bzw. Erwerbseinkommens grundsätzlich als Freibetrag ausgewiesen und nicht auf die Grundsicherung angerechnet würden. Einen entsprechenden Antrag werde die Senioren-Union im Rahmen des kommenden 25. CDU-Bundesparteitags Anfang Dezember in Hannover einbringen. Derzeit erhalten rund 412.000 Rentnerinnen und Rentner in Deutschland, die älter sind als 65 Jahre, „Grundsicherung im Alter“, das sind rund 2,5 Prozent aller Rentnerinnen und Rentner. Die Leistungen der Grundsicherung im Alter entsprechen der Höhe nach den Leistungen des Arbeitslosengeldes II bzw. Hartz IV. Während Hartz IV-Empfängerinnen und -empfänger bei einem

Hinzuverdienst ein pauschaler Freibetrag in Höhe von 100 Euro gewährt und bei einem Erwerbseinkommen zwischen 100 und 1.000 Euro ein Freibetrag von 20 Prozent eingeräumt wird, wird das Erwerbseinkommen von Rentnerinnen und Rentnern, die Grundsicherung erhalten, zu rund 70 Prozent angerechnet, ohne Freibeträge (siehe § 82 Abs. 3 SGB XII).

Kuckart weiter: „Die CDU tritt aber dafür ein, dass sich Leistung lohnen muss. Mit Blick auf das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit ist es für die Senioren-Union deshalb zwingend notwendig, diese Ungleichbehandlung aufzuheben und Rentnerinnen und Rentnern, die Grundsicherung erhalten und hinzuverdienen, ebenfalls einen pauschalen Freibetrag in Höhe von 100 Euro und für jeden weiteren Euro einen Freibetrag von 20 Prozent einzuräumen. Grundsätzlich sollte gelten: Bei einem so wichtigen gesellschaftspolitischen Thema wie der Rente ist es wichtig, dass Jung und Alt sich in dieser Frage verständigen und an einem fairen Interessenausgleich arbeiten. Alt gegen Jung, das ist kontraproduktiv. Wir brauchen die Union der Generationen! Und wir brauchen einen möglichst breiten politischen Konsens für ein Rentenmodell, das auch parteiübergreifend akzeptiert wird.“ ◀



Arbeitswelt  
der Zukunft:

Wir brauchen  
Sie!

## Freie Wahl des Rentenalters?

Wir müssen begreifen, dass im Älterwerden von Gesellschaften auch eine große Chance liegt. Man muss diese Chance nur erkennen und die rechtlichen Rahmenbedingungen so verändern, dass die in unseren Gesellschaften schlummernden Schätze auch gehoben werden können, meint Professor Hans-Peter Schwintowski.

### Der Fall Rosenblatt

Die Arbeitsmärkte sind in Aufruhr. Immer mehr Menschen fordern die freie Wahl des Rentenalters statt der gesetzlich verordneten Rente mit 65/67. Gisela Rosenblatt, die seit 39 Jahren eine Kaserne in Hamburg-Blankenese reinigte und nicht einseh, warum sie dies nun plötzlich nicht mehr können sollte, bekam vom Arbeitsgericht Hamburg Rückendeckung (Az: 22Ca33/10). Um sicherzugehen, legten die Hamburger Richter den Fall dem Europäischen Gerichtshof zur Vorabentscheidung vor. Der entschied sybillinisch (Az: C-45/09). Klauseln, die bei Erreichen des Rentenalters das Arbeitsverhältnis automatisch beenden, sind nur dann mit dem europäischen Recht vereinbar, wenn die Bestimmung objektiv und angemessen und durch ein legitimes Ziel der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik gerechtfertigt ist. Für Zahnärzte hat der EuGH bereits am 12.01.2010 entschieden, dass eine Regelaltersgrenze von 68 Jahren allenfalls dann zu halten ist, wenn diese

Regelung zur Verteilung der Berufschancen zwischen älteren und jüngeren Zahnärzten angemessen und erforderlich ist (Az: C-341/08).

### Die Regelarbeitsgrenze wackelt

Noch deutlicher wird die Richterin am Arbeitsgericht, Elisabeth Dickerhoff-Borello (AuR 2009, 251). Sie legt den Finger auf die Wunde. Durch den im Jahr 2004 eingeführten Nachhaltigkeitsfaktor hat sich die gesetzliche Rentenversicherung von einer Vollversorgung in eine Grundsicherung verwandelt. Höchstens 43 % des letzten Nettoeinkommens werden als Rente gezahlt – dies aber auch nur dann, wenn man über eine ununterbrochene Arbeitsbiografie verfügt, was vor allem bei Frauen selten der Fall ist. Das bedeutet, die Absenkung der Altersrenten zwingt die Betroffenen, mit 65/67 weiterzuarbeiten.

Schon im Jahr 2006 sind 552.800 Menschen einer Berufstätigkeit nach Erreichen der Altersgrenze nachgegangen – ein Drittel mehr als noch im Jahr 2000. Es handelt

sich regelmäßig um neubegründete Arbeitsverhältnisse, denn die ursprünglichen Arbeitsverhältnisse endeten mit Erreichung des Renteneintrittsalters. Dies bedeutet, die Arbeitnehmer verlieren ihren Besitzstand, den sie sich im Laufe ihres Arbeitslebens erworben haben, meist ein bestimmtes Vergütungsniveau und einen Kündigungsschutz. Die neuen (oft selbstständigen) Tätigkeiten, sind regelmäßig befristet (Dickerhoff-Borello, S. 251).

Richterin Dickerhoff-Borello ist deshalb der Auffassung, dass die Argumentation des Bundesarbeitsgerichtes nicht mehr überzeugend ist. Die Rentenversicherung sei in Wirklichkeit schon heute keine echte Kompensation der Erwerbsmöglichkeit nach Renteneintritt mehr.

Aber auch das zweite Argument, der notwendige arbeitsmarktpolitische Ausgleich zwischen jüngeren und älteren Arbeitnehmern, sticht nicht mehr. Tatsächlich gibt es die jüngeren Arbeitnehmer gar nicht mehr. Schon heute herrscht Notstand bei Fachkräften. Reinigungskräfte werden zunehmend aus den osteuropäischen Anrainerstaaten nach Deutschland gelotst. Das Gleiche passiert im Bereich der Pflegekräfte für Krankenhäuser und Altenpflegeeinrichtungen.

Hintergrund ist die biometrische Schere. Die Menschen werden älter, während gleichzeitig die Fertilitätsrate bei 1,2 % verharrt, d.h.: Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft. Bis zum Jahr 2030 wird es

etwa 2,4 Mio. weniger Deutsche geben, und bis 2070 schrumpft die bundesrepublikanische Bevölkerung um fast 19 Mio. Bewohner.

Zeitgleich werden die Menschen älter. Seit nunmehr 170 Jahren steigt die Lebenserwartung der Menschen in den entwickelten Ländern kontinuierlich um durchschnittlich fast drei zusätzliche Lebensmonate pro Jahr (Vaupel, Demografische Forschung, Ausgabe 2/2010, S. 4). Kinder, die heute geboren werden, werden aller Wahrscheinlichkeit nach 100 Jahre und älter werden. Zusammengefasst heißt dies, dass eine immer kleinere Zahl von Erwerbstätigen eine immer größer werdende Zahl von Menschen oberhalb des Renteneintrittsalters (65/67) versorgen muss. Damit ist das Modell der gesetzlichen Rentenversicherung, die von Bismarck 1889 eingeführt wurde, auf den Kopf gestellt. Damals lag die durchschnittliche Lebenserwartung bei ungefähr 43 Jahren. Der Durchschnitt der Bevölkerung erreichte das Renteneintrittsalter (70) nicht. Dies war der Grund, warum die gesetzliche Rente damals und viele Jahre danach relativ einfach finanzierbar war. Demgegenüber lag die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern im Geburtsjahr 2004 bei 85 Jahren, von Frauen bei 90 Jahren. Die Tendenz ist stark steigend.

### Die soziale Peitsche

Das Renteneintrittsalter wird damit zur sozialen Peitsche. Das Nettoeinkommen sinkt mit Renteneintritt auf 43 % ab, gleichzeitig öffnet sich ein völlig unregulierter (frühkapitalistischer?) Arbeitsmarkt, der Menschen, die es in ihrem Leben nicht geschafft haben, privat zusätzlich vorzusorgen, zwingt, praktisch Arbeit jeder Art und zu allen Bedingungen zu akzeptieren. Genau das ist aber nicht der Sinn der Regelarbeitsgrenzen. Vielmehr soll diese Grenze, so der EuGH, ein Mittel der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sein. Diese Politik muss objektiv vernünftig und angemessen verfolgt werden. Tatsächlich aber erweist sich die Regelarbeitsgrenze als „sozialer Fußtritt“ ausgerechnet zu einer

Zeit, in der die Menschen aufgrund ihres Lebensalters weniger anpassungsfähig sind als in den Jahren zuvor.

Das bedeutet, dass das Konzept der starren Regelaltersgrenze nicht mehr zu halten ist. Wir müssen umdenken. Die Frage ist nur, in welche Richtung.

### Flexibilisierung von Berufsbildern

Ein Hauptproblem nach Eintritt des Rentenalters besteht darin, dass Arbeitnehmer auf einem völlig freien Arbeitsmarkt nach Beschäftigungsmöglichkeiten suchen, die auf ihre bisherige Berufstätigkeit kaum oder nur schlecht passen. Umgekehrt wissen die Arbeitgeber regelmäßig nicht, über welche Fähigkeiten die Arbeitnehmer verfügen, die gerade in Rente gegangen sind. Der Hauptgrund

liegt in den festliegenden Berufsbildern, die einerseits die Qualifizierung von Arbeitnehmern ermöglichen, andererseits aber auch zu Erstarren führen.

Wir sollten deshalb über einen modularisierten, fähigkeitsbasierten Ansatz der Arbeitsmärkte nachdenken. Arbeitnehmer können in der Regel sehr viel mehr, als es ihre Berufsbilder verraten. Beispiele sind Fremdsprachen, viele beherrschen ein Instrument, viele sind mit den modernen Anforderungen an IT-Systeme aufgewachsen und können diese vertiefen, daneben stehen Fähigkeiten bei der Berufsausbildung und Weiterbildung in den verschiedensten Sektoren und Bereichen, manche haben Kenntnisse und Erfahrungen in der gesamten Welt durch eine Vielzahl von Urlaubsreisen gesammelt. Will



„Eine Offensive für das Lebensrecht ist überfällig. Unser Land muß wieder kinder- und familienfreundlich werden, sonst wird es keine lebenswerte Zukunft geben.“

(Johanna Gräfin von Westphalen,  
CDL - Ehrenvorsitzende)

Wir fordern u.a.:

- Umfassende Aufklärung über das Leben vor der Geburt, die Grausamkeit der Abtreibung und ihre Folgen für die Frauen
- Besseren Schutz und mehr Unterstützung für Mutter und Kind
- Intensivere Hilfen für Familien und Alleinerziehende
- Menschliche, medizinische und seelsorgliche Begleitung für unheilbar Kranke und Sterbende
- Ausbau der Palliativmedizin und des Hospiznetzes
- Keine Tötung auf Verlangen und aktive Sterbehilfe (Euthanasie)
- Verbot der ‚verbrauchenden‘ Forschung an menschlichen Embryonen, des Klonens und der Manipulation an der menschlichen Erbsubstanz

**Interessieren Sie sich für diese lebenswichtigen Zukunftsfragen?**

**Wollen Sie dazu klar Profil bekennen?**

**Dann werden Sie jetzt Mitglied in der CDL!**

Informationen erhalten Sie per Post oder unter [www.cdl-online.de](http://www.cdl-online.de)

**Für den aktiven und konsequenten Schutz des Lebens vom Beginn an bis zum natürlichen Tod.**

**CDL**   
Für das Leben.

Christdemokraten für das Leben e.V.  
Initiative in der CDU/CSU  
CDL-Bundesgeschäftsstelle  
Schlesienstr. 20 · 48167 Münster  
Tel.: 0251/6285160 · Fax 0251/6285163  
info@cdl-online.de  
Spendenkonto: Sparkasse Meschede  
Konto-Nr.: 2584, BLZ: 464 510 12

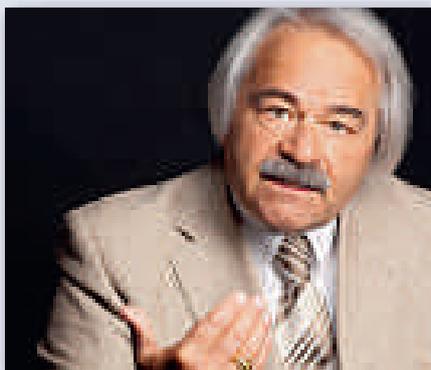
sagen: In fast allen Menschen, die am Arbeitsmarkt tätig sind, schlummern Fähigkeiten, die am Arbeitsmarkt zurzeit nicht genutzt werden, die aber nutzbar gemacht werden könnten.

### Zertifizierung

Ein modularisierter, auf Fähigkeiten basierender Arbeitsmarkt würde dazu führen, diese Fähigkeiten im Laufe eines Lebens permanent und kontinuierlich zertifizieren zu lassen. Die Zertifizierung arbeitsmarktorientierter Fähigkeiten würde durch Prüfungen stattfinden, die jeder ablegen kann, wann immer sie oder er dies möchte. Ein solches Zertifizierungssystem hätte viele Vorteile. Der gesamte Arbeitsmarkt würde durchlässig. Es würden permanent Anreize zur Verbesserung von Fähigkeiten oder auch zum Erwerb neuer Fähigkeiten gesetzt. Zugleich aber entstünde eine Fähigkeiten-Transparenz, die es Arbeitgebern erlaubt, in völlig anderer Weise Arbeitnehmer nachzufragen, als dies bisher der Fall ist.

Ein Arbeitgeber, der nach guten Verkäufern sucht, tut dies regelmäßig innerhalb seiner Branche – ohne zu wissen, dass es häufig in anderen Bereichen hochtalentiertere Verkäufer gibt. Wer also Menschen mit Kundenkompetenz sucht, ist nicht mehr auf seine eigene Branche beschränkt, sondern kann aus allen Lebensbereichen fischen, so, wie umgekehrt jeder Arbeitnehmer, der bestimmte Fähigkeiten hat, diese zertifizieren und damit dann auch anbieten kann. Es können Datenbanken entstehen, die miteinander vernetzt sind und berufliche Chancen und Möglichkeiten erfüllen, von denen wir heute nur etwas ahnen.

Damit ändert sich die Qualifikation der Mitarbeiter/innen. Darüber hinaus ändern sich das Arbeitsklima und die Attraktivität der Arbeitgeber. Die Menschen werden anpassungs- und lernfähiger. Es entstehen Anreize, sich ständig weiterzuqualifizieren, denn die Qualifizierung wird belohnt. Ein solcher modularisierter Fähigkeitenansatz weist weit über die Regelarbeitsgrenzen hinaus. Genau bese-



**Der Autor: Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski**, Jahrgang 1947, lehrt seit 1993 an der Humboldt-Universität zu Berlin, ist seit 1996 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bund der Versicherten und engagierte sich u.a. auch im Versicherungsbeirat der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

hen macht er diese Regelarbeitsgrenze durchlässig und im Ergebnis wohl auch überflüssig.

### Das System des schrittweisen Ausgleitens

Dies leitet über zu dem Kernkonzept, das die Zukunft des Arbeitslebens bestimmen könnte. Anstelle einer starren Regelaltersgrenze würde man langsam aus dem Arbeitsleben ausgleiten. Schon im „ersten“ Arbeitsleben würde man sich an seinen Fähigkeiten orientieren und diese zertifizieren lassen. Im „zweiten“ Arbeitsleben, das wahrscheinlich mit 50 oder 55 Jahren beginnt, wird eine Art Grundrente zur Verfügung gestellt, die zu Beginn dieser zweiten Arbeitsphase gering ausfällt. Das Modell könnte sehr flexibel gehandhabt werden und auf individualvertraglichen Vereinbarungen beruhen.

Von bestimmten Altersgrenzen an würde man ein langsames Ausgleiten aus dem Arbeitsmarkt vorsehen, etwa ab 60 Reduktion der Regelarbeitszeit auf sechs Stunden mit Rentenausgleich, ab 65 nur noch vier Stunden, ab 70 vielleicht drei Stunden und ab 75 dann zwei Stunden – jeweils mit Rentenausgleich. Auch andere Szenarien sind denkbar. Entscheidend ist, dass an die Stelle eines starren Renteneintrittsalters ein flexibles System tritt, das den individuellen Lebensbiografien angepasst werden kann und gleichzeitig den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes dient.

Ein solches System würde – ein angeneh-

mer Nebeneffekt – die jüngere Generation von ihren exorbitanten Soziallasten stark entlasten. Die großen Sozialversicherungssysteme wären wieder finanzierbar.

### Finanzielle Grundsicherung

Die beiden Grundsäulen des Arbeitsmarktes der Zukunft (Fähigkeitsansatz und Flexibilisierung des Renteneintritts) müssten durch eine Grundsicherung abgepuffert werden. Da wir in modernen Gesellschaften wissen, dass diese Grundsicherung zwingend für jeden notwendig ist, und da wir außerdem wissen, dass die durchschnittliche Lebenserwartung eines jeden geborenen Menschen Jahr für Jahr um drei Monate steigt, wäre es sinnvoll, mit dem Ansparen für diese Grundsicherung bereits ab der Geburt zu beginnen. In diesem Fall wäre es nämlich möglich, sehr geringe Beträge in die Grundsicherung einzuzahlen und die Kapitalansammlung dem Zinseszinsseffekt zu überlassen.

Der Zinseszinsseffekt ist ein gigantischer Kapitalansammlungsmotor, jedenfalls dann, wenn er über sehr lange Zeiträume wirkt. Umgekehrt bedeutet dies, dass man ab Geburt nur sehr geringe Beiträge benötigt, um die im Alter erforderliche Grundsicherung ansparen zu können. So genügen ca. 20 EUR/mtl. ab Geburt, um unter Berücksichtigung eines Zinseszinsseffektes eine monatliche Grundrente von 500,00 EUR ab 65 lebenslang anzusparen.

### 40 Jahre Rentenhorror

Die Zukunft auf den Arbeitsmärkten wird also spannend, vor allem auch deshalb, weil die überalternde Gesellschaft begreifen muss, dass im Älterwerden dieser Gesellschaften eine große Chance liegt. Man muss diese Chance nur erkennen und die rechtlichen Rahmenbedingungen so verändern, dass die in unseren Gesellschaften schlummernden Schätze auch gehoben werden können. Man kann es auch so formulieren: Einem Neugeborenen des Jahres 2012 wird man allenfalls einen Horror einjagen, wenn man ihm erklärt, dass es die letzten 40 Jahre seines Lebens zum Nichtstun verurteilt sein wird. <

# ♀♂ Unisex Tarife



## Einführung von Unisex-Tarifen in der Versicherungswirtschaft Geschlechterspezifische Tarife sind ab 21.12.2012 nicht mehr zulässig

Bisher ist es in der Versicherungswirtschaft üblich, Beiträge für Frauen und Männer getrennt zu kalkulieren. Die Berücksichtigung des Geschlechts der zu versichernden Person wurde herangezogen, wenn dies bei der Bestimmung von Leistung und Prämien ein für die Risikobewertung bestimmender Faktor ist. Mit seinem Urteil vom März 2011 hat der Gerichtshof der Europäischen Union einer Klage stattgegeben und festgestellt, dass unterschiedliche Tarife diskriminierend und daher nicht mit der Europäi-

schen Grundrechtscharta zu vereinbaren sind. Ab 21.12.2012 dürfen deshalb nur noch „Unisextarife“, das heißt, geschlechtsunabhängig kalkulierte Tarife angeboten werden.

Dies führt dazu, dass beispielweise Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungen für Männer mit Einführung der Unisextarife teurer werden. Für Frauen steigt dagegen der Beitrag bei Lebens- und Sterbegeldversicherungen. Nicht betroffen sind bestehende Verträge und Verträge,

die bis 21.12.2012 abgeschlossen werden.

Unser Tipp: Überprüfen Sie rechtzeitig Ihren Versicherungsschutz und ergänzen Sie diesen, soweit notwendig, rechtzeitig. Die Beraterinnen und Berater der VPV Versicherungen unterstützen Sie dabei gerne. Sie können sich auch direkt an die VPV Versicherungen in Stuttgart, den Kooperationspartner der Senioren-Union - Telefon 0711/1391-6001 -, wenden. Denn: Ein Abschluss vor dem 21.12.2012 spart bares Geld!



## Antwortcoupon

Bitte informieren Sie mich über die besonderen Konditionen der Senioren-Union

- ▶ Sterbegeldversicherung
- ▶ Seniorenunfallversicherung
- ▶ Privathaftpflichtversicherung für Senioren

Name / Vorname

Straße / Haus-Nr.

PLZ / Ort

Telefon

Beruf

Geburtsdatum

Email

Gleich ausfüllen und an  
VPV VERSICHERUNGEN • Kundenservice • Postfach 31 17 55 • 70477 Stuttgart  
oder per Fax an 07 11 / 13 91 60 01  
senden

Sie erreichen die VPV VERSICHERUNGEN auch telefonisch unter 07 11 / 13 91 60 00

Medizinische Versorgung:

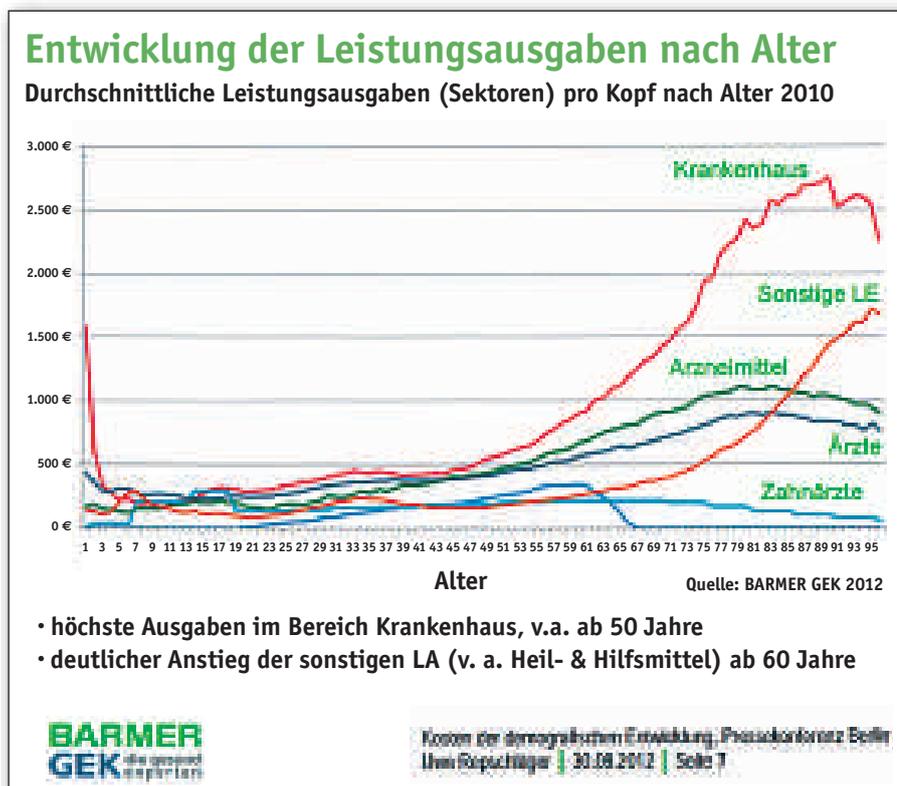
# Zusatzkosten durch Alterung überschätzt

Wer oder was ist der größte Kostentreiber im Gesundheitssystem? Gängige Antwort: die Ausgaben für die medizinische Versorgung alter Menschen. Die Barmer GEK zeigt in einer aktuellen Studie, dass nur ein Minimum der jährlichen Kostensteigerung dem demografischen Wandel geschuldet ist.

**W**as kostet uns der demografische Wandel? Im Gesundheitswesen offenbar deutlich weniger als bislang angenommen. Neue Berechnungen der größten deutschen Krankenkasse, der Barmer GEK, zeigen, dass nur rund 18 Prozent der jährlichen Ausgabensteigerung auf reine Altersstruktureffekte entfallen. In den vier Jahren 2007 bis 2010 sind die jährlichen Kosten um durchschnittlich rund 88 Euro pro Kopf gestiegen, davon waren jeweils nur 16 Euro demografiebedingt. Der Vorstandsvorsitzende der Barmer GEK, Dr. Christoph

Straub, erklärte bei der Vorstellung der Studie im August in Berlin: „Routinemäßig begründen Ärzte und Kliniken ihre Forderungen nach Honoraraufschlägen mit der altersbedingten Zunahme von Krankheitslasten. Mehr ältere Patienten bedeuten aber nicht zwangsläufig mehr Behandlungsbedarf.“ Das Argument „Demografischer Wandel“ werde zu sehr in den Vordergrund geschoben. Medizinisch-technischer Fortschritt, veränderte Angebotsstrukturen, Preiserhöhungen sowie die zunehmende Vermarktung medizinischer Leistungen sei-

en zusammengenommen viel größere Ausgabentreiber. So hätten sich die Fallzahlen der Hüft- und Knieoperationen auch nach Abzug des Alterungseffektes kräftig erhöht, ebenso die Anzahl der Untersuchungen per Computertomografie CT und Magnetresonanztomografie MRT. Straub kommentierte: „Wir wollen die Teilhabe am medizinischen Fortschritt. Es muss aber deutlich werden, wo und für welche Leistungen zusätzlich investiert werden soll.“ Um den Demografieeffekt zu isolieren, wählte Autor Uwe Repschläger, der bei der Barmer GEK den Bereich Unternehmenssteuerung leitet, ein einfaches Berechnungsverfahren: Für das Basisjahr 2007 wurden zunächst die durchschnittlichen Ausgaben je Altersgruppe ermittelt. Im zweiten Schritt wurden dann diese Ausgabenwerte konstant fortgeschrieben und mit dem jeweils veränderten Alters- und Geschlechtsaufbau der Folgejahre 2008 bis 2010 multipliziert. Eines der Ergebnisse: In Zukunft werde der Einfluss des demografischen Wandels auf die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen sogar noch geringer, prognostiziert Repschläger. Bis zum Jahr 2040 sei von einer altersbedingten jährlichen Zunahme zwischen 11 und 13 Euro pro Kopf auszugehen. „Den Höhepunkt demografiebedingter Kostensteigerung werden wir bereits im Jahr 2013 erreicht haben.“ Dass der demografische Wandel nicht den gravierenden Anteil jährlicher Kostensteigerungen verursacht, darf allerdings auch nach Ansicht der Barmer GEK nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gesellschaft sich auf die Veränderung der Bevölkerungsstruktur einstellen muss. Die Geriatriisierung der Versorgung bringe durchaus Implikationen für die Gesundheitspolitik mit sich. So sollten nach Ansicht der Barmer GEK „patientengerechte, evidenzbasierte Leitlinien und Standards für geriatrische Krankheitsbilder entwickelt und in Kollektiv- und Selektivverträge zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern umgesetzt werden“.



Ab 50 steigen die Gesundheitskosten pro Kopf, doch tragen sie nicht so stark zum Anstieg der Gesamtkosten bei wie bislang vermutet.

# Von uns wird man bald kaum noch etwas merken.

Sagt Ihnen Chattanooga etwas? Die Stadt in Tennessee, USA? Nein? Das hat auch einen guten Grund. Aber den erklären wir Ihnen am besten vor Ort. Schnallen Sie sich an und bringen Sie Ihren Sitz in eine aufrechte Position, wir befinden uns nämlich schon im Landeanflug.

Unser erster Halt ist die Heimat eines unserer effizientesten Volkswagenwerke. Durch ein neues Verfahren in der Lackiererei spart die Fabrik Chattanooga täglich rund 75.000 Liter Wasser! Und genau deswegen merkt man von diesem Werk fast nichts. Nicht nur für diese Maßnahme haben wir den LEED Platinum Award erhalten. Das finden Sie beeindruckend? Na, dann folgen Sie uns doch jetzt mal nach Mexiko.

Check-in, Start, Tomatensaft, Landung. Willkommen im Volkswagenwerk Puebla, wo wir am Popocatepetl aktiv etwas gegen den sinkenden Grundwasserspiegel getan haben. Hier konnten wir durch das Pflanzen von 420.000 Bäumen – in etwa der Baumbestand ganz Berlins – und durch das Anlegen von 47.000 Sickerungsgruben eine intensivere Nutzung von Regenwasser erreichen und die Region somit entlasten.

Wo sind wir denn nun gelandet? Im Südwesten Chinas, in Chengdu. Damit Chengdu auch in Zukunft so unscheinbar bleibt wie heute, setzt diese Fabrik zu 80 % auf Materialien aus der Region. So werden durch lange Transportwege entstehende Emissionen zuverlässig vermieden. Auch der Energiebedarf wurde hier in den letzten zwei Jahren um 50 % reduziert.

Eine spannende Reise bis hierher, stimmt's? Und dabei haben Sie gerade erst drei Standorte kennengelernt, an denen wir in unseren Werken die Umweltbelastung

konsequent und kontinuierlich senken. Diese Strategie, mit der wir unseren ökologischen Anspruch zukünftig auch in der Produktion umsetzen, nennen wir übrigens „Think. Blue. Factory.“

Unsere nächste Station, in der „Think. Blue. Factory.“ zum Tragen kommt, überfliegen wir nur schnell: Rühme. Nie gehört? Sehr gut. Auch hier achten die Mitarbeiter darauf, dass das Werk durch keinen zu großen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck auffällt. Einer von ihnen hatte die Idee, LED-Technik in der Beleuchtung einzusetzen. Nur einer der Punkte, durch die das Werk Braunschweig 2010 als erster Produktionsstandort weltweit mit der DIN-Norm EN 16001 für Energiemanagement ausgezeichnet wurde. Zu Recht!

Zeit, den Schub zu drosseln und Emden in Ostfriesland anzusteuern. Hier wurden nicht nur Karl Dall und Otto Waalkes geboren, sondern auch viele unserer besten Ideen. Dank 12 Windkraftträdern und 2300 Solarkollektoren auf unserem Werksgelände werden nicht nur wir, sondern auch die gesamte Region mit sauberem Strom versorgt. Durch die Erhöhung des Anteils der aus Biomasse gewonnenen Wärme sparen wir zudem 89.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr ein. Energiewende made by Volkswagen.

Auch die interessanteste Reise geht einmal vorbei. Und bei dieser haben wir sogar eine ganze Menge CO<sub>2</sub> gespart. Sie wurde schließlich nur auf Papier angetreten. Wir wissen eben: Das Sparpotential ist vielfältig und deswegen haben wir uns hohe Ziele gesetzt. Nämlich in der Produktion die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2018 um 25 % und in der Energieversorgung unserer Werke bis 2020 um 40 % zu reduzieren. Alles, damit Sie unsere Werke bald gar nicht mehr bemerken.

Vielen Dank, dass Sie mit uns geflogen sind.



Erfahren Sie alles über „Think Blue.“ bei einer ausführlichen Rundreise auf [www.volkswagen.de/thinkblue](http://www.volkswagen.de/thinkblue)



Das Auto.

Think Blue.

Garantierte  
Durchführung

**REISETERMIN:**

25.02. bis  
04.03.2013

**REISELEISTUNGEN:**

- Flug<sup>→</sup> von Deutschland nach Tel Aviv und zurück mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
  - Flughafensteuern, Kerosinzuschläge und Luftverkehrsabgabe von z.Zt. EUR 190,- p. P. (Stand 11/12, evtl. Erhöhungen werden nachberechnet)
  - 7 Übernachtungen in Hotels der guten Mittelklasse im Doppelzimmer
  - Halbpension
  - Transfers, Ausflüge und Besichtigungen gem. Programm
  - Eintrittsgelder zum Programm
  - Qualifizierte, deutschsprachige Reiseleitung vor Ort
  - Umfangreiches Informationsbuch zur Reise
- **Flüge möglich ab/bis**  
Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München (teilweise mit Umstieg)

**REISEPREIS:**

1.295,-

Preis pro Person im Doppelzimmer bei Zweierbelegung  
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 375,-  
Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung zum Preis von EUR 59,- pro Person.

**Nicht im Preis enthalten:**

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Versicherungen

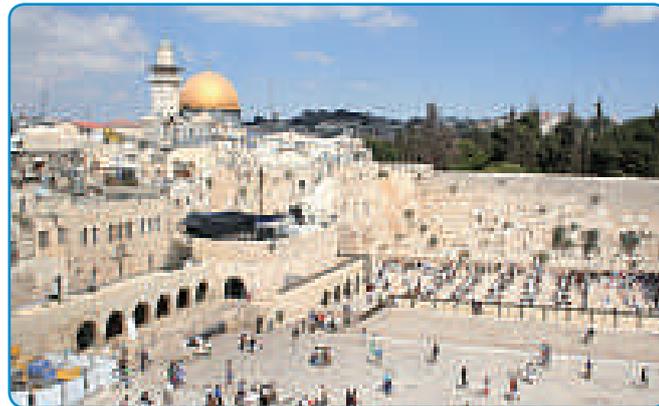
**BEACHTEN SIE BITTE:**

Für die Einreise benötigen deutsche Staatsangehörige ihren noch mindestens 6 Monate über den Reiseternin hinaus gültigen Reisepass. Deutsche Reisende, die vor 1928 geboren sind, benötigen zusätzlich ein Visum. (Andere Nationalitäten auf Anfrage) • Preis-, Programm- und Terminänderungen vorbehalten. • Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25 Personen und ist bereits erreicht. • Die CDU Senioren-Union tritt lediglich als Vermittler auf. Es gelten die Reisebedingungen des verantwortlichen Veranstalters Terramundi GmbH.

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:



# ISRAEL



Nirgendwo sonst ist man den Wurzeln des Christentums und der Wiege unserer Kultur so nah wie im „Land der Bibel“. Der schmale Küstenstreifen zwischen Mittelmeer und Jordan steht seit vier Jahrtausenden im Brennpunkt der Geschichte. Jerusalem ist auch heute noch Zentrum für drei Weltreligionen: Judentum, Christentum und Islam.

Jeder kennt die Namen der Orte, die wir während der Rundreise besuchen werden – Nazareth, See Genezareth, Jordantal, Bethlehem und vor allem Jerusalem sind nur einige davon. Niemand kann sich der Faszination entziehen, selbst an den Schauplätzen zu stehen, von denen die Heilige Schrift erzählt.

Und wir nehmen uns auch Zeit, das moderne Israel mit den geschäftigen Metropolen Haifa und Akko kennenzulernen. Freuen Sie sich auf ein besonderes Reiseerlebnis im Kreise der Senioren-Union.



**Hotel Dan Panorama Haifa**

Das Hotel ist schön auf dem Berg Carmel, oberhalb der Stadt Haifa, gelegen. Von der Anlage bietet sich Ihnen ein weiter Blick über die Stadt, den Hafen und das Mittelmeer. Das Hotel verfügt u.a. über zwei Restaurants und eine große Bar mit Panorama-Blick über die Bucht von Haifa. Alle 266 Zimmer sind komfortabel eingerichtet und verfügen über Bad/Dusche, WC, Telefon, TV, Mini-Bar, Safe und Föhn.



**Hotel Dan Jerusalem**

Das koschere Hotel (ehemals Regency-Hotel) liegt ca. 8 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Es verfügt u.a. über Buffet-Restaurant, Café-Bar mit großer Terrasse und Spa-Bereich (Nutzung tlw. gegen Gebühr). Alle 500 elegant eingerichteten Zimmer sind ausgestattet mit Bad/Dusche und WC, Klimaanlage, Direktwahltelefon, Kabel-TV, Privat-Safe und Föhn. Die meisten Zimmer haben einen Balkon mit schönem Blick auf die Altstadt.

Drei Nächte in Haifa,  
vier in Jerusalem



**Flüge**

mit renommierten Fluggesellschaften ab/bis vielen Flughäfen



**Rundreise**

in klimatisiertem Reisebus



**Besichtigungen**

mit fachkundiger deutschsprachiger Reiseleitung

**Der Reiseverlauf:**

**1. Tag:** Flug vom gewählten Flughafen nach **Tel Aviv**, wo Sie bereits von der örtlichen Reiseleitung erwartet werden. Sie begleitet Sie zum Check-In ins Hotel Dan Panorama in **Haifa**.

**2. Tag:** Ihr Besichtigungsprogramm beginnt mit einem Ausflug nach Galiläa, zum **See Genezareth**. Von Tiberias aus fahren Sie mit einem Boot über den See. Lassen Sie dabei die besondere Atmosphäre des Ortes auf sich wirken. Dann geht es weiter zu den Heiligen Stätten **Tabgha**, dem Ort der Brotvermehrung, **Kapernaum**, dem Heimatort von Petrus, sowie zum **Berg der Seligpreisungen**. Ihr Ausflug klingt mit einer Fahrt auf die **Golanhöhen** aus. Von hier aus haben Sie einen schönen Blick über den See Genezareth und die umliegenden Gebiete bis hinüber nach Syrien.

**3. Tag:** Heute unternehmen Sie einen Ausflug entlang der Mittelmeerküste Israels, der Sie zunächst nach **Caesarea** mit den bekannten Sehenswürdigkeiten aus der Zeit der Römer und Kreuzfahrer führt. Via **Haifa**, dem bedeutendsten Hafen Israels mit dem weithin sichtbaren Bahai-Schrein, erreichen Sie **Akko**. Hier sind vor allem die Überreste aus der Zeit der Kreuzritter und Osmanen sehenswert. Akko war eine der letzten Basti-

Wir wünschen den Leserinnen und Lesern der Souverän eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und Glück, Gesundheit und Zufriedenheit fürs Jahr 2013.

Allen, die uns ihr Vertrauen geschenkt haben, sagen wir ein herzliches „Dankeschön“. Ihr Terramundi-Team.



Umfangreiches  
Besichtigungspro-  
gramm enthalten!

onen der Kreuzfahrer, bevor sie aus dem Heiligen Land vertrieben wurden.

**4. Tag:** Sie verlassen den Norden Israels und fahren zunächst nach **Nazareth**. Hier besichtigen Sie die Verkündigungskirche mit den berühmten Marienmosaiken. Anschließend erreichen Sie im Jordantal die große und bedeutende Ausgrabungsstätte **Beit Shean** aus der Römerzeit. Sie fahren weiter, an **Jericho** vorbei, und erreichen das **Wadi Kelt**. Dieses Flusstal führt durch die Berge Judäas nach Jericho hinein. Sie folgen dem alten Verbindungsweg, der schon von den Römern zur Straße ausgebaut wurde, bis nach **Jerusalem**. Check-In im Hotel Dan Jerusalem.

**5. Tag:** Ihre Besichtigung in **Jerusalem** beginnt auf dem Ölberg. Von hier aus haben Sie einen atemberaubenden Blick über die gesamte Stadt mit dem Tempelberg und der Altstadt. Sie folgen dem Palmsonntagsweg vorbei an der Kirche Dominus Flevit, dem Garten Gethsemane mit seinen jahrhundertalten Olivenbäumen bis zur Kirche aller Nationen. Dann besuchen Sie die Altstadt Jerusalems, die Sie durch das Löwentor betreten. Auf der Via Dolorosa folgen Sie den Stationen des Kreuzweges, vorbei an der St. Anna-Kirche bis hin zur Grabeskirche. Weiter

geht es durch den arabischen Basar in das jüdische Viertel mit dem römischen Cardo, der antiken Einkaufsstraße. Am Nachmittag fahren Sie nach **Bethlehem**, wo Sie die Geburtskirche sowie die unmittelbar angrenzende Katharinenkirche besichtigen werden.

**6. Tag:** Heute besuchen Sie in **Jerusalem** zunächst den Tempelplatz, auch Tempelberg genannt. Hier befinden sich zwei bedeutende Bauwerke: der Felsendom und die El-Aksa-Moschee. Die beiden herrlichen Gebäude stammen aus dem 7. Jh. n. Chr. und sind für die Moslems eines ihrer drei wichtigsten Heiligtümer. (Hinweis: Es ist nur eine Außenbesichtigung der Moscheen möglich. Der Tempelberg kann zudem auch kurzfristig und ohne Vorankündigung geschlossen werden.)

Die westliche Stützmauer des Plateaus ist der heiligste Ort der Juden, bekannt als die Westmauer oder Klagemauer. Heute ist nur noch ein kleiner Teil dieser Mauer zu sehen. Anschließend erreichen Sie den nahegelegenen Berg Zion mit dem Abendmahlssaal, dem Grab Davids und der Benediktiner-Abtei Dormitio, die einst von Kaiser Wilhelm gegründet wurde. Am Nachmittag steht eine Rundfahrt durch die Neustadt von Jerusalem auf Ihrem Programm. Sie sehen die Knesset,

das israelische Parlament mit der Menorah, dem siebenarmigen Leuchter, der das Wahrzeichen Israels ist, das Jerusalem-Theater und das Haus des Präsidenten auf dem Herzberg. Zum Abschluss besuchen Sie die Gedenkstätte Yad Vashem. Das Museum und der Park wurden zum Gedenken an die Holocaust-Opfer errichtet.

**7. Tag:** Dieser ganztägige Ausflug führt Sie zum **Toten Meer**. Hier befinden Sie sich 400 Meter unter dem Meeresspiegel – es ist der tiefste Punkt der Erde. Doch zunächst besichtigen Sie **Qumran**, Fundort der berühmten Schriftrollen vom Toten Meer. Anschließend geht es nach **Masada**, zur sagenhaften Felsenfestung des Herodes. Sie fahren mit der Seilbahn hinauf und machen einen ausführlichen Rundgang durch die weitläufige, teilweise schon restaurierte Festung, die einst Wahrzeichen des jüdischen Widerstandes gegen die römischen Besatzer war. Am Nachmittag haben Sie noch Zeit für ein „Bad“ im **Toten Meer**. Freuen Sie sich auf eine Erfahrung der besonderen Art, da das Wasser einen sehr hohen Salz- und Mineralgehalt hat.

**8. Tag:** Je nach Flugzeit Transfer zum Flughafen Ben Gurion in der Nähe von Tel Aviv und Rückflug zum Ausgangsflughafen Ihrer Reise.

## KROATIEN

Der junge Staat Kroatien ist das Ziel der traditionellen **Frühjahrsreise in Gemeinschaft der Senioren-Union**. Es erwartet Sie wieder ein ausgewogener Dreiklang aus Erlebnis, Kultur und Erholung. Ein schönes 5-Sterne-Hotel in Süd-Dalmatien, gelegen am Meer, ist der Ausgangspunkt für Ihre Ausflüge. Einer davon führt Sie auch in den Nachbarstaat Kroatiens, Bosnien-Herzegowina.

**2 Termine im April und ein Termin im Mai 2013** stehen Ihnen zur Wahl. Gerne senden wir Ihnen das ausführliche Angebot. Eine kurze Nachricht genügt.

### Auskunft und Buchung:



Im Wauert 14 • 46286 Dorsten  
 Telefon: 0 23 69/9 19 62-0  
 Telefax: 0 23 69/9 19 62-33  
 E-Mail: info@terramundi.de  
 Web: www.terramundi.de

## REISEANMELDUNG

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

**TERRAMUNDI GmbH**  
 Im Wauert 14 • 46286 Dorsten  
 Telefax: 0 23 69/9 19 62-33  
 E-Mail: info@terramundi.de



Ausgewählte Reiseangebote für Zubucher finden Sie auch auf unserer Website:

[www.terramundi.de](http://www.terramundi.de)



Per Smartphone, einem APP und diesem QR-Code auch mobil abrufbar.

**JA**, ich möchte mit unten aufgeführten Teilnehmern an der Reise nach **ISRAEL** teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung an u.a. Adresse.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 = Rechnungsanschrift)	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon mit Vorwahl	E-Mail

Name, Vorname (Teilnehmer/in 2)	Geburtsdatum
Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.	
Ort, Datum, Unterschrift	

**Reiseziel:** ISRAEL  
**Termin:** 25.02. - 04.03.2013  
**Preise:** EUR 1.295,- p.P. im DZ\*  
 Einzelzimmer-Zuschlag EUR 375,-  
 Reiserücktrittskosten-Versicherung EUR 59,- p. P.

### Gewünschte Flüge ab/bis:

Flüge nach Verfügbarkeit

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen:

**DZ\*** = Doppelzimmer  
**EZ** = Einzelzimmer  
**RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung  
 (\* bei Zweierbelegung)

Teiln. 1  DZ  EZ  RV  
 Teiln. 2  DZ  EZ  RV

Marktwirtschaft:

# Kompatibel mit moralischen Werten?

Unter dem Eindruck von Banken- und Eurokrise und einem publizistischen Dauerfeuer gegen einen vermeintlichen Turbokapitalismus ist das Vertrauen der Deutschen in die Marktwirtschaft ins Wanken geraten. Doch stimmt das Bild vom bösen Kapitalismus, das seit Jahren gezeichnet wird? Fragen an Professor Christoph Lütge, Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftsethik an der Technischen Universität München.

**Souverän: Herr Professor Lütge, im politischen wie auch medialen Spektrum ist inzwischen die Meinung weit verbreitet, dass der böse Kapitalismus und damit die bestehende Marktwirtschaft unsere Gesellschaft herunterwirtschaften würde. Drohende Altersarmut, eine zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich und andere Analysen werden als Beleg herangezogen. Ist auch für Sie der Kapitalismus der Untergang des Abendlandes?**

**Prof. Lütge:** Die Marktwirtschaft ruiniert unsere Gesellschaft keineswegs. Wenn wir uns die Entwicklung in den vergangenen zweihundert Jahren anschauen, so steht außer Frage, dass die Marktwirtschaft einen Wohlstand hervorgebracht hat, der historisch ohne Beispiel ist. Erst die Marktwirtschaft hat alle Schichten der Bevölkerung an technischen Fortschritten und die Lebensqualität verbessernden Gütern aller Art teilhaben lassen. Sicherlich ist die Marktwirtschaft nicht perfekt, aber so, wie man die Defizite der Marktwirtschaft des 19. Jahrhunderts (des „Manchester-Kapitalismus“) überwunden hat, so werden sich auch die gegenwärtigen Probleme im Rahmen der Marktwirtschaft selbst lösen lassen. Untergangsszenarien mögen populär sein, entbehren aber der Grundlage.

**Viele bezweifeln grundsätzlich die Kompatibilität von Marktwirtschaft und Moral. Wie sehen Sie das?**

Marktwirtschaft und Moral sind sehr wohl kompatibel – aber in einer Weise, die in mancher Hinsicht unseren Intuitionen widerspricht: Wir finden die Moral in der



**Der Philosoph und Wirtschaftsinformatiker Prof. Dr. Christoph Lütge** ist Inhaber des Peter-Löschner-Stiftungslehrstuhls für Wirtschaftsethik an der TU München. Lütges Forschungsschwerpunkt liegt auf der Ordnungsethik, wobei er die Technikphilosophie einbezieht. Er bringt seine Expertise in viele Fachbereiche ein: Ingenieure, Naturwissenschaftler, Mediziner, Wirtschaftswissenschaftler und künftige Lehrer besuchen seine Vorlesungen.

Marktwirtschaft i.d.R. nicht in den Motivationen der einzelnen Akteure; diese handeln zweifellos zunächst einmal eigeninteressiert. Die Moral liegt auf einer anderen Ebene: Sie ist zu suchen in den Regeln der Marktwirtschaft, in dem gesamten institutionellen System, das die Marktwirtschaft ausmacht (dazu gehören ausdrücklich sowohl gesetzliche als auch informelle Regelungen). Zwei Beispiele: Die Regeln, die wir für die Liberalisierung etwa des Telefonmarktes seinerzeit aufgestellt haben, haben große Verbesserungen und Ressourceneinsparungen mit sich gebracht, die gerade auch den Schwächeren zugute gekommen sind. (Auf dem Energiesektor sind wir in dieser Hinsicht noch nicht ganz so weit.) Und ein zweites Beispiel: Wie immer man Details der Agenda 2010 im Einzelnen beurteilt, so hat sie doch dazu beigetragen, dass Deutschland gut durch die Finanzkrise gekommen ist und gerade nicht den Abstieg erlebt hat, den andere Länder mitmachen mussten und müssen. Dies kommt letztlich allen zugute und hat damit eine ethische Qualität.

**Ethik und Moral spielen in Managementseminaren und wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulseminaren seit Jahren durchaus eine gewichtige Rolle. Wo aber sind konkrete Beispiele für eine positive Umsetzung?**

Ethik und Moral werden auch von Unternehmen in vielen Beispielen konkret umgesetzt – wenn auch nicht immer unter diesem Titel. Zahlreiche Aktivitäten, die als ethische qualifiziert werden können, finden sich etwa unter Schlagworten wie Corporate Social Responsibility (CSR) (Anm. der Red.: Gemeint ist damit die unternehmerische Gesellschafts- und Sozialverantwortung) oder Corporate Citizenship (Anm. der Red.: bürgerschaftliches Engagement in und von Unternehmen). Mittlerweile legen bereits viele





verpflichtet fühlen – nicht gegen die von Markt und Politik gesetzten Rahmenbedingungen ankommen. Daher rührt mein Satz, den ich vor allem so verstanden wissen möchte: Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen bringt auch eine Verbesserung der Moral mit sich.

**Die gängige Auffassung von Kritikern, das freie Spiel des Marktes sei zutiefst unmoralisch, gewinnt in der Bevölkerung an Boden. Hat die Marktwirtschaft, hat der Kapitalismus heutiger Prägung vor diesem Hintergrund überhaupt eine Zukunftschance?**

Es gibt auch gegenteilige Ergebnisse. Eine aktuelle Studie des renommierten amerikanischen Pew-Research-Center hat ergeben, dass die Deutschen neben den Chinesen und den Brasilianern gegenwärtig zu den drei stärksten Verfechtern der Marktwirtschaft gehören – deutlich vor den US-Amerikanern, Briten oder Japanern. Hier hat sich das Bild in den vergangenen Jahren erheblich gewandelt. Es scheint, als hätten die Deutschen ihren Frieden mit der Marktwirtschaft gemacht. <

Unternehmen konkrete Aussagen über ihre CSR-Aktivitäten in den Geschäftsberichten vor. Rankings (Anm. der Red.: Anglizismus für Rangordnung) wie das „Good Company Ranking“ stellen sogar Ranglisten für die entsprechenden Fortschritte in den Unternehmen auf. Und um nur ein konkretes Beispiel zu nennen: Der Mineralölindustrie ist es – ohne dass es dafür gesetzliche Grundlagen gegeben hätte – gelungen, in den vergangenen Jahren auf freiwilliger Grundlage bleihaltiges Benzin aus dem südlichen Afrika zu verbannen – ein Erfolg, der direkt der Umwelt zugute kommt.

**Sie vermissen in der aktuellen Diskussion um Wirtschaft und Ethik die Differenzierung. „Man kann nicht über Moral sprechen, ohne die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen“, haben Sie kürzlich geschrieben. Wie meinen Sie das?**

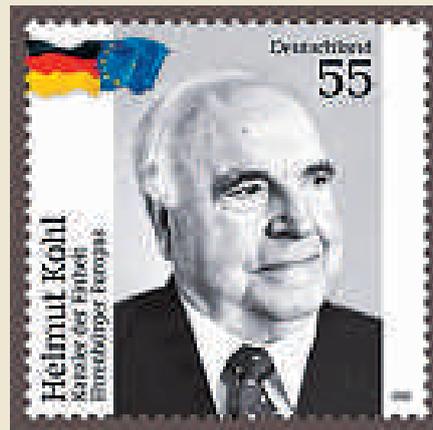
Moralisches Handeln findet nicht im luftleeren Raum statt. Alle Akteure, ob sie ursprünglich moralisch handeln wollen oder nicht, sehen sich in der Marktwirtschaft mit Anreizen konfrontiert, die von den Rahmenbedingungen ausgehen. Auf die Dauer können sogar hochmoralisch gesinnte Akteure – auch und gerade Unternehmer, die sich bestimmten Werten

## Sonderbriefmarke für Dr. Helmut Kohl:

# Initiative der Senioren-Union wurde Realität

„Ehre, wem Ehre gebührt: Mit der Ausgabe einer Sonderbriefmarke, die seit dem 11. Oktober 2012 an fast allen Postschaltern zu erwerben ist (Auflage: fünf Mio. Stück), würdigt die Bundesrepublik Deutschland die herausragende politische Lebensleistung von Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl. Die Ehrung lebender Personen auf deutschen Postwertzeichen geschieht nur in Ausnahmefällen. Die Auszeichnung des „Kanzlers der deutschen Einheit“, der aufgrund seiner Verdienste um die europäische Integration auch „Ehrenbürger Europas“ ist, geht auf Initiative der Senioren-Union und der Jungen Union der CDU Deutschlands aus dem Jahr 2010 zurück. Beide Vereinigungen stellten einen entsprechenden Antrag an den 23. Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe, der seinerzeit in einen Parteitagebeschluss mündete.

Prof. Dr. Otto Wulff, Bundesvorsitzender der Senioren-Union, zur Herausgabe des



**Kaufen und aufkleben! Jeder Postversand erinnert so an eine große politische Leistung.**

Postwertzeichens: „Wir freuen uns als seniorenpolitische Vereinigung der CDU sehr darüber, dass unser Anliegen jetzt Realität wird und wir gemeinsam mit der Jungen Union dazu beitragen konnten,

dass Helmut Kohl – einer der bedeutendsten deutschen Politiker der Nachkriegszeit und einer der größten Staatsmänner des 20. Jahrhunderts – nun in besonderer Art und Weise für seine außergewöhnlichen Verdienste gewürdigt wird. Bei seiner Wahl am 1. Oktober 1982 war ich als CDU-Bundestagsabgeordneter dabei, als die große Ära Kohl eingeläutet wurde. Seine Ehrung ist auch ein wichtiges proeuropäisches Signal der CDU an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Denn trotz Wirtschaftskrise und gestiegener Europa-Skepsis brauchen wir in Zukunft mehr Europa und nicht weniger. Die CDU ist und bleibt dabei die Europapartei in Deutschland. Dafür steht vor allem – heute wie damals – Helmut Kohl.“ Der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder MdB, sagte, die Marke sei eine „wunderbare Geste des Respekts“ gegenüber Kohls „nimmermüdem Einsatz für Frieden und Freiheit“.

Interview:

# „Erst weniger Schulden – dann mehr Europa“

Die politische Union darf keine Schulden- und Transferunion sein. MdEP Markus Pieper im Gespräch mit Souverän zu Euro, EZB, Bankenunion und rot-grüner Aufgabe deutscher Interessen.



**Dr. Markus Pieper**, seit 2004 Abgeordneter im Europäischen Parlament, ist gegen eine Schulden- und Transferunion. Er ist Experte für Wirtschaftsfragen und Regionalpolitik und leitet seit 2010 die Europakommission der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT). Pieper gehört zudem seit 2006 dem CDU-Landesvorstand NRW an.

**Souverän: Herr Dr. Pieper, warum ist Europa so kompliziert? Können Sie den Eindruck nachvollziehen, dass viele Menschen die Zusammenhänge rund um die Eurokrise nicht verstehen und die Vorteile der Europäischen Union zunehmend hinterfragen?**

**Dr. Pieper:** Durchaus. Wir müssen die EU verständlicher rüberbringen. Dass wir sie immer stärker brauchen, steht für mich außer Frage. Deutschland hat schon bald nicht einmal mehr 1 % der Weltbevölkerung. Wollen wir bei der Energie- und Rohstoffsicherheit und außenpolitisch nicht an Einfluss verlieren, brauchen wir Europa.

Das gilt gerade auch für die Regulierung der Finanzmärkte.

**Ist der Euro immer noch eine starke Währung?**

Gegen Inflation hat der Euro wirksamer geschützt als die DM. Der Euro ist wie ein Ozeandampfer – schwerfällig. Manchmal nicht ganz auf dem richtigen Kurs, weil es unterschiedliche Meinungen auf der Brücke gibt. Aber stabil und als eine führende Weltwährung anerkannt. Den Stürmen der Finanzkrise hätten einzelne Währungen der heute 17 Eurostaaten nicht trotzen können. Gerade die Gemeinschaftswährung konnte den Spekulationen gegen einzelne Länder vorbeugen.

**Durch die Finanzkrise sind einige Euro-Länder dennoch ins Trudeln geraten. Sie haben zu viele Schulden und gefährden die Stabilität der Gemeinschaftswährung. Bekämpfen Sie in Brüssel wirklich die Ursachen der Eurokrise?**

Die mit den Rettungsgeldern verbundenen Auflagen zeigen Wirkung, brauchen aber Zeit. Erhöhung des Renteneintrittsalters, Lohnzurückhaltung und eine stärkere Besteuerung von Vermögen finden wir jetzt in allen Krisenländern. Diesen Weg müssen wir mit den vereinbarten nationalen Schuldenbremsen konsequent durchhalten, was mit dem „EU-Fiskalpakt“ jetzt verstärkt wird. Nur so lässt sich das Vertrauen der Eurostaaten untereinander wieder herstellen. Dann müssen wir der Kommission weitere Durchgriffsrechte übertragen, für den Fall, dass sich Schuldenrücker nicht an die neuen Defizitregeln halten.

**Das hört sich nach einem langen Weg an. SPD und Grüne scheint das nicht zu überzeugen. Sie fordern neue Schulden für Konjunkturprogramme, Eurobonds und eine Vergemeinschaftung der Schulden. Hilft das nicht schneller?**

Mit neuen Schulden bekämpfen wir nicht die Ursachen der heutigen Probleme. Das sind nur Strohfeuer. Wenn wir das Vertrauen der Menschen und der Märkte zurückgewinnen wollen, müssen wir auf Ausgabendisziplin und Reformen bestehen. Auch Eurobonds, also die gemeinsame europäische Staatsanleihe, wären das falsche Signal. Deutschland müsste mehr Zinsen für geliehenes Geld zahlen, Italien und Griechenland weniger. Die Anreize für Reformen in den Schuldenstaaten wären dahin. Deutsche Arbeitnehmer würden für Rentenreform und Lohnzurückhaltung auch noch bestraft. Nein, Eurobonds und gemeinsame europäische Schuldentilgungsfonds sind ungerecht und verlängern bloß die schlimme Schuldenkrankheit. Die rot-grünen Vorschläge kämen auch einer Aufgabe deutscher Interessen und Handlungsfähigkeit gleich. Die Geber- und Haftungsländer hätten in den EU-Institutionen nicht den Einfluss, Verschuldungsprozesse zu beeinflussen.

**Viele in der CDU und der EU-Kommission wollen zur Bewältigung der Schuldenkrise „jetzt mehr Europa“. Sie sehen das kritisch. Warum?**

Klar, wir brauchen mehr europäische Kompetenzen, damit sich die Eurozone aus den Fängen der Finanzmärkte weiter befreit. Wir sind aber mit den Reformaufgaben des ESM, den vereinbarten Schuldenbremsen



und automatischen Defizitverfahren auf einem sehr guten Weg, den wir konsequent weitergehen müssen. Jetzt mehr europäische Integration etwa durch europäische Schuldentilgungsfonds oder gar gemeinsame Einlagensicherungen und Eurobonds zu fordern hieße, aus der Not eine schlechte Tugend zu machen. Deutschland und andere stabile Eurostaaten würden ihre Haushaltskompetenzen zu früh an eine EU abgeben, die in der Vergangenheit eben gerade nicht gezeigt hat, dass sie solide wirtschaften kann. Das halte ich für brandgefährlich.

#### Also zunächst Vertrauen wiedergewinnen und dann mehr europäische Integration?

Ja, auch wenn es schwierig und langwierig ist. Erst müssen die Reformen wirken. Mehr europäische Kompetenzen dürfen nicht auf Schulden aufbauen, so wie die EU-Kommission, Rot-Grün und auch einige altgediente Europäer das wollen. Vielmehr dürfen nur solvente Eurostaaten auf gleicher Augenhöhe den Weg in die Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft vereinbaren. Dann können, ja dann müssen wir auch wichtige Haushaltskompetenzen an die Europäischen Institutionen übertragen. Denn auf Dauer wird der Euro nur stabil sein können, wenn wir Kontrolle und Sanktion von nationalem Fehlverhalten mehr in europäische Hände legen. Die Eurostaaten müssen mit ihren Reformen aber vorher den Nachweis erbringen, dass sie gewillt sind, europäische Vorgaben zu akzeptieren. Eine weitere Kompetenzübertragung auf EU-Institutionen wird dann Volksabstimmungen erfordern, auch in Deutschland.

#### Kommt denn aus Ihrer Sicht der Kommissionsvorschlag für eine Bankenunion zu früh?

Nicht zu früh, aber zu weitgehend. Es reicht, eine europäische Bankenaufsicht auf grenzüberschreitend aktive Großbanken zu konzentrieren. Den kleineren Instituten sollte ein verbindliches Regelwerk etwa zur Einlagensicherung vorgegeben werden, welches weiter die nationalen Aufsichtsbehörden kontrolliert. Eine gemeinsame Einlagensicherung, so, wie die Kommission sie vorschlägt, lehne ich ab. Das würde das bewährte dezentrale Modell der Sparkassen und Volksbanken mit ihren Haftungsverbänden gefährden. Warum soll der deutsche Sparer aus Münster dafür haften müssen, wenn in Madrid die Bankenaufsicht nicht funktioniert? Dieser Kommissionsvorschlag geht wirklich entscheiden zu weit, auch wenn Präsident Barroso jetzt ja zurückrudert.

#### Eine letzte Frage zur Europäischen Zentralbank. Durch den Kauf von Staatsanleihen vergrößert sich für Deutschland doch die Haftungsverantwortung weit über den ESM-Rettungsschirm hinaus. Zudem hat EZB-Präsident Draghi angekündigt, unbegrenzt Staatsanleihen zu kaufen, wenn nationale Notsituationen das erfordern. Kann man bei solchen „Superwaffen“ noch den Überblick behalten?

Ja, weil die Staatsanleihenpolitik der EZB transparent ist und auch zu ihrer geldpolitischen Aufgabe gehört. Bislang hat sie Staatsanleihen in Höhe von 211 Milliarden Euro aufgekauft, die sie dem Finanzmarkt regelmäßig wieder entzieht, um Inflations-

gefahren vorzubeugen. Dennoch bleibt das Haftungsrisiko. Deshalb müssen nicht nur die Deutschen die EZB-Politik kritisch begleiten. Ich halte eine Reform der Stimmrechtsanteile im EZB-Rat für erforderlich, nach der die Gewichte gemäß Wirtschaftsanteilen der Mitgliedsstaaten bestimmt werden. Die jüngste EZB-Entscheidung, Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt unbegrenzt aufzukaufen, ist jedoch als klares Signal gegenüber den Spekulanten zu verstehen. Vergleichen Sie es mit den Abschreckungsszenarien des Kalten Krieges. Hier reichte das bloße Vorhandensein von wirksamen Antworten aus, den Frieden zu sichern; weil die EZB hier Entschlossenheit demonstriert, werden sich Spekulanten hüten, gegen einzelne Staaten der Eurozone zu spekulieren. Sie würden auf jeden Fall verlieren. <

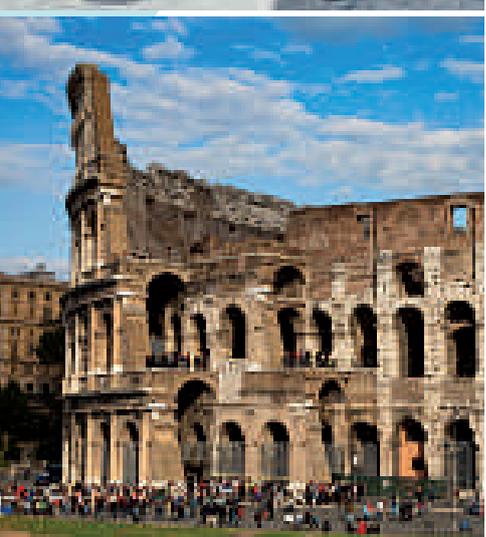
Elbe

**Seniorenwohnungen „Bellevue“**  
 Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)  
 Von Privat zu vermieten  
 2 Zi., 55 m<sup>2</sup>, ab 199,- + NK mtl.  
 Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.  
 Betreuung möglich.  
 Alten- u. Pflegeheim gegenüber.

**Gratisprospekt:**  
 Tel. (05862) 97550  
 www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohlmann-Straße

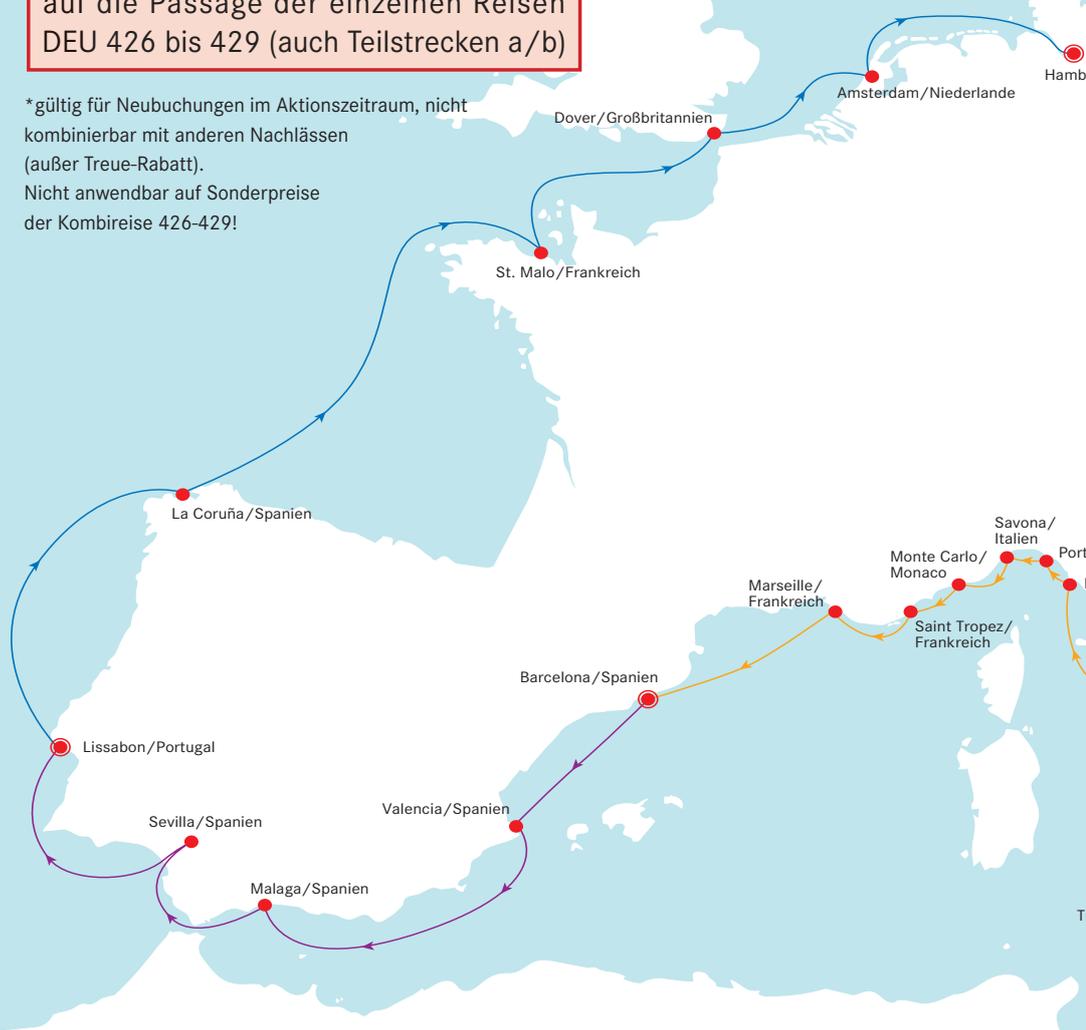
**49 Tage ab € 6.995,- p. P.**  
Bis zu 45% Ersparnis für Durchfahrer!



**SPECIAL:**

**10 % SONDER-RABATT\***  
auf die Passage der einzelnen Reisen  
DEU 426 bis 429 (auch Teilstrecken a/b)

\*gültig für Neubuchungen im Aktionszeitraum, nicht kombinierbar mit anderen Nachlässen (außer Treue-Rabatt). Nicht anwendbar auf Sonderpreise der Kombireise 426-429!



■ REISE 426

**AUF SCHLIEMANNS SPUREN**

15.03. – 29.03.2013, VON ANTALYA NACH PIRÄUS, 15 TAGE, INKL. FLÜGE

Auf der ersten Etappe folgen Sie der DEUTSCHLAND auf ihrem Weg durch das östliche Mittelmeer. Zwei Länder, zwei Kulturen: Griechenland, seine einzigartige Inselwelt und die malerischsten Abschnitte der türkischen Küste. Mittendrin: Istanbul, der Schmelztiegel der Kulturen am Bosphorus.

**2-Bett-Kabine ab € 3.895,- p. P.**

*Special: Dreharbeiten zu „Kreuzfahrt ins Glück“ an Bord*

■ REISE 427

**WELTKULTUR UND MITTELMEER-NATUR**

29.03. – 11.04.2013, VON PIRÄUS NACH ROM, 14 TAGE, INKL. FLÜGE

Danach wird es klassisch – die anschließende Kreuzfahrtroute verbindet Griechenland und Italien mit einem Kaleidoskop der Liegehäfen: Bari, Taormina, Valletta, Trapani, Lipari und Stromboli. Auch Palermo und Neapel fehlen nicht.

**2-Bett-Kabine ab € 3.795,- p. P.**

**Diese Reise ist auch in Teilstrecken (inkl. Flüge) buchbar:**

**Reise 427a, 29.03.-04.04.2013, Piräus - Valletta, 7 Tage, 2-Bett-Kabine ab € 1.995,- p. P.**

**Reise 427b, 04.04.-11.04.2013, Valletta - Rom, 8 Tage, 2-Bett-Kabine ab € 2.195,- p. P.**

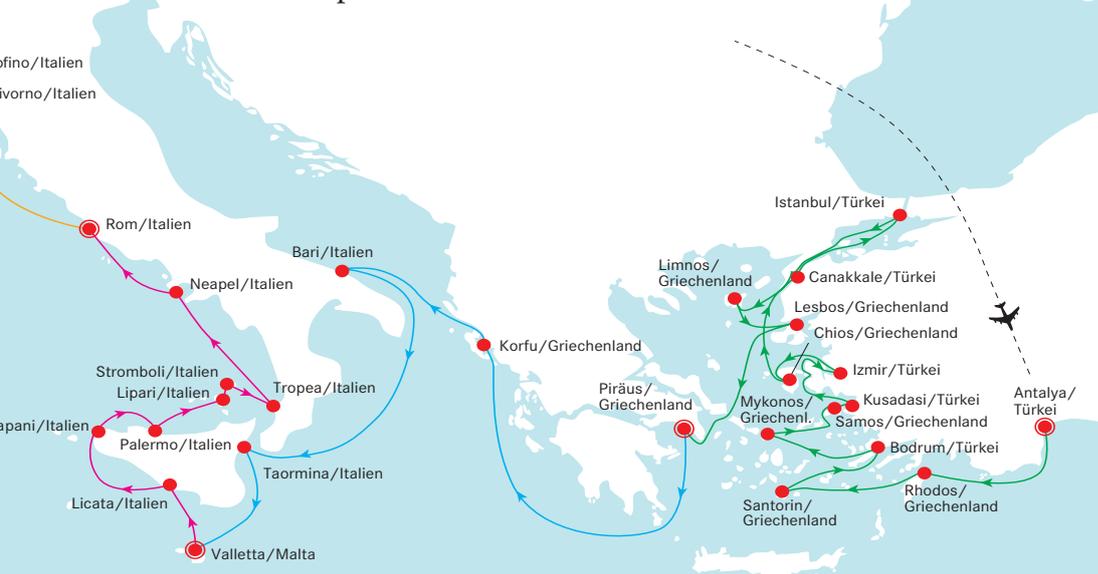


# REISE IM MITTELMEER UND SONNENKÜSTEN EUROPAS

KOMBI-REISE 426-429 | 15.03. – 02.05.2013

VON ANTALYA NACH HAMBURG | INKL. HINFLUG | 49 TAGE

Nehmen Sie die warme Frühlingssonne aus dem Süden Europas mit nach Hause – auf unserer neuen, großen Mittelmeerkreuzfahrt. Für Langzeiturlauber ist die Kombireise von Antalya nach Hamburg ein Potpourri der Kulturen mit nur einem Flug! Die Türkei und die Ägäis liegen ebenso auf Ihrer Route wie die mediterranen Perlen von Riviera, Côte d'Azur und Costa del Sol, bevor Sie über Lissabon und Europas Westküste wieder heimische Gewässer erreichen.



## REISE 428

### MONDÄNE KÜSTEN

11.04. – 24.04.2013, VON ROM NACH LISSABON, 14 TAGE, INKL. FLÜGE

Auf der weiteren Fahrt des Traumschiffs entlang der mediterranen Küsten nach Lissabon locken die Riviera, die Côte d'Azur, Costa Brava, Costa Blanca und Costa del Sol mit strahlend schönen Sonnentagen und sommerlichen Temperaturen.

2-Bett-Kabine ab € 3.595,- p. P.

Diese Reise ist auch in Teilstrecken (inkl. Flüge) buchbar:

Reise 428a, 11.-18.04.2013, Rom - Barcelona, 8 Tage, 2-Bett-Kabine ab € 2.195,- p. P.

Reise 428b, 18.-24.04.2013, Barcelona - Lissabon, 7 Tage, 2-Bett-Kabine ab € 1.995,- p. P.

## REISE 429

### RUND UM WESTEUROPA

24.04. – 02.05.2013, VON LISSABON NACH HAMBURG, 9 TAGE, INKL. HINFLUG

Schließlich heißt es Kurs Nord – Richtung Heimat. Nach großer Fahrt begleiten Sie die DEUTSCHLAND auf diesem letzten interessanten Stück nach Hause zurück. Galizien, St. Malo, Dover und Amsterdam versprechen noch einmal ungetrübte Kreuzfahrtfreuden, bis Ihr Traumschiff von zahllosen Schaulustigen im Hamburger Hafen begrüßt wird: „Willkommen zurück!“

2-Bett-Kabine ab € 1.990,- p. P.



## BESTELL-COUPON FÜR SOUVERÄN-LESER

Bitte reservieren Sie für folgende Reise und senden Sie mir die ausführlichen Buchungsinformationen zu:

- Auf Schliemanns Spuren (15.03.-29.03.13)
- Weltkultur und Mittelmeer-Natur (29.03.-11.04.13)
- Mittelmeerkultur - Teilstrecke 1 (29.03.-04.04.13)
- Mittelmeerkultur - Teilstrecke 2 (04.04.-11.04.13)
- Mondäne Küsten (11.04.-24.04.13)
- Mondäne Küsten - Teilstrecke 1 (11.04.-18.04.13)
- Mondäne Küsten - Teilstrecke 2 (18.04.-24.04.13)
- Rund um Westeuropa (24.04.-02.05.13)

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

- 2-Bett-Kabine  Einzelkabine

Bitte diesen COUPON an:

**Kleinmoor-Kreuzfahrten**  
Souverän-Leserreisen  
Müllerweg 32 • 28865 Lilienthal  
kleinmoor-kreuzfahrten@fano.at  
Tel. Information: (04298) 417660

# Interview: Drei Fragen an ...

Christian Kremer, stv. Generalsekretär  
der Europäischen Volkspartei (EVP)

**Herr Kremer, die EVP hat auf ihrem Kongress in Bukarest im Oktober ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet. Was steckt dahinter?**

Kremer: Das bisher gültige Grundsatzprogramm der EVP stammt aus dem Jahr 1992. Seitdem ist viel passiert: Europa



hat die Teilung des Kalten Krieges überwunden und die Staaten Mittel- und Osteuropas integriert. Wir sind enger zusammengewachsen und haben heute einen Binnenmarkt, von dem gerade Deutschland profitiert; eine gemeinsame Währung, deren Defizite durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich zutage getreten sind und die wir jetzt reparieren müssen. Außerdem sind neue Herausforderungen für die Politik hinzugekommen: der internationale Terrorismus, Klimawandel und Rohstoff-

knappeheit, der Aufstieg neuer globaler Mächte wie China und Indien. Daher möchte das neue Grundsatzprogramm nicht nur definieren, wer und was wir sind, sondern auch Antworten auf diese neuen Herausforderungen geben.

**Gerade in der jetzigen Krise erscheint es wichtig, die europäische Idee wieder verstärkt beim Bürger zu verankern. Kann das neue Grundsatzprogramm dabei helfen?**

Ein Grundsatzprogramm definiert die Identität einer Partei und sollte die Grundlage für das politische Handeln sein. Die aktuelle Krise schafft bei vielen Bürgern den Eindruck, dass Europa das Problem ist und nicht die Lösung. Dem müssen wir entgegentreten und deutlich machen, dass auch ein relativ großes Land wie Deutschland in einer sich verändernden Welt nicht mehr genug Gewicht hat – nur wenn wir gemeinsam auftreten, können wir in Zukunft noch unsere Interessen und unsere Werte verteidigen. Falls wir glauben, dass wir es alleine können, werden uns andere die Richtung vorgeben. Und wir dürfen nicht vergessen: Gerade für Deutschland mit seiner starken Exportorientierung wäre eine Renationalisierung verheerend: Wir brauchen offene Märkte und den Euro, damit wir unseren Wohlstand sichern können. Das müssen wir viel offensiver verteidigen.

**Hand aufs Herz: Warum sind Sie überzeugter Europäer?**

Wissen Sie, ich habe ein ziemlich rationales Politikverständnis. Großes Pathos liegt mir nicht. Aber trotzdem sollten wir nicht glauben, dass Frieden in Europa eine Selbstverständlichkeit ist. Der Jugoslawienkrieg in den 1990er-Jahren hat uns daran schmerzhaft erinnert. Ich weiß, dass vielen Bürgern die Entscheidungen auf europäischer Ebene oft zu kompliziert sind. Aber dann dürfen wir nicht vergessen: Früher haben die Völker Europas Kriege gegeneinander geführt. Heute lösen wir die Konflikte gemeinsam friedlich miteinander. Das ist nicht immer einfach, aber es hat eine beispiellose Periode von Frieden und Wohlstand geschaffen – dafür nehme ich komplizierte Entscheidungen und Kompromisse in Kauf. <



**Dr. Hermann Berié verstorben**

Die ESU trauert um ihr Präsidiumsmitglied Dr. Hermann Berié (Bonn), der am 8. Oktober 89-jährig verstorben ist. Seine besondere Stärke bestand in der Analyse sozialpolitischer Entwicklungen in Europa. ESU und AGE zogen daraus Schlussfolgerungen für ihr Wirken. Der Europäische Sozialkompass trägt seine Handschrift. Im Auftrag des Arbeits- und Sozialministeriums war er jahrelang in Italien tätig, wo ihm eine Auszeichnung zuteil wurde. Dr. Berié war Träger des Bundesverdienstkreuzes. Dr. Worms hielt in Bonn die Trauerrede.



Am 8. und 9. September 2012 lud Bundespräsident Joachim Gauck zum Bürgerfest in die historischen Räume und den Garten des Schlosses Bellevue in Berlin. 20 Organisationen, darunter die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), in der sich auch die Senioren-Union engagiert, stellten dabei ihre Arbeit vor. Fast 10.000 interessierte Bürger kamen an den beiden Tagen. Unser Foto zeigt Hermine Hekker, Landesvorsitzende der Senioren-Union in Hamburg, und Prof. Dr. Ursula Lehr, Vorsitzende der BAGSO und SU-Mitglied, am BAGSO-Stand.

## EVP-Kongress bringt Bukarester Resolution ein: Den Hunger überall überwinden !

Mit über 600 Delegierten – darunter einer Gruppe aus der Europäischen Senioren Union (ESU) – und zahlreichen Spitzenpolitikern traf die Europäische Volkspartei (EVP) auf ihrem Kongress Mitte Oktober wichtige Entscheidungen für „Mehr Europa“ (so der Kongress-Titel). Nach mehrjähriger Diskussion, an der die ESU beteiligt war, beschloss der Kongress einstimmig das EVP-Grundsatzprogramm und ein auf Kernaussagen konzentriertes politisches Manifest. Unter den 14 vom Plenum gebilligten Anträgen befindet sich auch eine Resolution der ESU. Sie fordert konkrete Schritte zur Überwindung des Hungers in der Welt binnen zehn Jahren. Zwei weitere ESU-Anträge wurden an Arbeitskreise überwiesen.

In einer Ansprache vor dem Plenum bekundete ESU-Präsident Dr. Bernhard Worms Zustimmung zum Grundsatzprogramm als Kompass für die Europawahlen 2014. Für ihn bedeutet „Mehr Europa“ gemeinsames Handeln für Frieden, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit aller Bürger, also die Verwirklichung christlicher Überzeugungen. Dr. Angela Merkel erinnerte an das 2002 abgegebene Versprechen, die EU mit der Sozialen Marktwirtschaft überall zum Modell zu machen, und forderte, die De-

mokratisierung, auch im Gastgeberland Rumänien, nach Kräften zu unterstützen und unumkehrbar zu machen. Mehrere Redner dankten der CDU und der Kanzlerin persönlich für mannigfache Solidaritätsbeweise. EVP-Präsident Wilfried Martens (Belgien), Generalsekretär Antonio Lopez-Isturiz (Spanien), Schatzmeister Ingo Friedrich und Vizepräsident Peter Hintze (beide Deutschland) wurden von den Delegierten in geheimer Wahl in ihren Ämtern bestätigt. In ihren Ansprachen setzten sich Staatspräsidenten, Regierungschefs, Minister, EU-Parlamentarier, EU-Kommissionspräsident und Parteivorsitzende aus der EVP-Familie für die Stärkung und Weiterentwicklung der EVP ein. Sie gilt als wichtigste politische Kraft Europas und bildet im EU-Parlament mit Abstand die größte Fraktion. Mit der Anwesenheit von Repräsentanten nordafrikanischer Völker, der Tochter von Julia Timoschenko (Ukraine) und oppositioneller Kräfte weiterer Länder bekundete der Kongress seine auch in Redebeiträgen beschworene internationale Solidarität mit Freiheitskräften in aller Welt. Am Vorabend des Kongresses



**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und ESU-Präsident Dr. Bernhard Worms bei der EVP in Bukarest.**

nahm die EVP die „Demokratische Liga Kosovo“ als Beobachter auf. Damit ist sie in 41 Ländern mit 75 Vollmitgliedern bzw. Observern präsent. ESU-Präsident Dr. Worms und Präsidiumsmitglied Dr. Edltraud Paul (Österreich) hatten eine Begegnung mit Dr. Constantin Fatu, dem Vorsitzenden der PNTCD-Senioren (Rumänien), und sprachen mit Despina Munteanu, Vizepräsidentin der neuen rumänischen Partei FORTA CIVICA, sowie mit der irischen Staatministerin Lucinda Creighton, nunmehr eine der zehn EVP-Vizepräsidenten. Beide Parteien stehen vor der Gründung von Seniorenorganisationen und streben die Zusammenarbeit mit der ESU an.  
**Ulrich Winz** <

### Terminvorschau

Für 2013 sind Regionalkonferenzen der ESU in Barcelona (Spanien) und Turku (Finnland) vorgesehen. Der ESU-Kongress mit Neuwahl des Präsidiums wird am 8. und 9. November 2013 in Brüssel stattfinden.

### Kurz notiert

Nach Rückgabe gestohlener dienstlicher und privater Unterlagen hat die Ukrainische Senioren Union (UARP) ihre Tätigkeit am 1. Oktober wieder aufnehmen können.

### Feierstunde in Wien: 60 Jahre ÖSB

Der Österreichische Seniorenbund (ÖSB) konnte kürzlich in Wien sein 60-jähriges Bestehen begehen. Im Rahmen der Feierstunde hatte sich ÖSB-Obmann Dr. Andreas Khol etwas Besonderes ausgedacht. Statt einer Grundsatzrede trugen neun junge Leute aus den Bundesländern des Alpenstaates vor, bei welchen Problemen sie – ganz im Sinne einer Union der Generationen – den Seniorenbund um Unterstützung bitten. So wünschte sich die Jugend von der Senioren-Generation, die Vielseitigkeit der Bildungslandschaft frei wählbar zu erhalten statt einer verordneten Einheitlichkeit; Flexibilität in der Festlegung des Pensionsalters zuzulassen, sich an der Abstimmung zur Neugestaltung des Bundesheeres zu beteiligen oder auch den Zivildienst als Chance zu erhalten, den Einstieg in soziale Berufe zu finden. ÖSB-Obmann Khol und seine Stellvertreter sicherten den jungen Leuten zu, sie nicht im Stich zu lassen. Die Vorträge hätten deutlich gezeigt, dass alle Anliegen der ESU auch ein Echo in der jungen Generation fänden. Große Aufmerksamkeit fand eine von Dr. Marilies Flemming, Europa-Beauftragte des ÖSB und ESU-Vizepräsidentin, verlesene, sehr herzliche Grußbotschaft des Präsidenten der ESU, Dr. Bernhard Worms.

# Der neue Mann am Ruder

Jan Christian Janßen ist seit dem 1. August neuer Bundesgeschäftsführer der Senioren-Union der CDU. Zuvor war er Kreisgeschäftsführer der CDU in Herford, Nordrhein-Westfalen. Von 2009 bis 2012 war er u.a. Fraktionsvorsitzender der CDU im Stadtrat in Spenge. Der gebürtige Kieler ist Diplomb-Jurist, 43 Jahre alt, ledig, aber in festen Händen, und Vater einer dreijährigen Tochter.

Mehr zu seiner Person und Aufgabe im nachfolgenden Fragebogen ...



## Herr Janßen, wie wird man Bundesgeschäftsführer der CDU-Senioren?

Man liest die Stellenausschreibung im Internet auf der Homepage der CDU-Senioren, fühlt sich von der Aufgabe angesprochen und bewirbt sich. So geht 's!

## Was reizt Sie an der Aufgabe?

Die Möglichkeit, in unserem Staat für die immer größer werdende Bevölkerungsgruppe der Senioren tätig zu sein und dabei mitzuwirken, den Generationenverbund zu erhalten und die Generationen hier und da neu zu verbinden. Dass ich dies unter dem Dach der Union machen kann, ist wahrlich schön! Als stärkste Seniorenorganisation der Parteien kommt uns als Senioren-Union hier eine leitende Funktion zu, parteiintern wie auch in die Gesellschaft nach außen. Wir wollen noch viel bekannter werden! Der Erfahrungsschatz der älteren Generationen muss genutzt und bewahrt werden, um jüngeren Generationen das Leben zu vereinfachen. Häufig scheint mir das Bewusstsein dafür da zu sein, allein an der Umsetzung ist noch viel zu tun!

## Was ist Ihr Lieblingsgericht?

Birnen, Bohnen und Speck – nordisch-köstlich! Als Dessert Rote Grütze mit Vanillesoße.

## Ihre liebste Sportart?

Passiv-Fußball – wenn unsere Fußball-Nationalmannschaften kicken – der bessere Nationaltrainer bin ich aber nicht. Aktiv Nordic Walking und Radfahren, mal mehr, mal weniger.

## Welche Persönlichkeit der Gegenwart bewundern Sie am meisten?

Angela Merkel.

## Welche Persönlichkeit der Vergangenheit?

Friedrich den Großen.

## Welches ist Ihr liebster Ort in Deutschland?

DEN liebsten Ort gibt's nicht – in Berlin ist es für mich das Brandenburger Tor als Symbol für unser wiedervereinigtes Deutschland, in Kiel der Fördestrand, in Köln und Düsseldorf genau wie in Frankfurt am Main oder Konstanz das Wasser, egal, ob fließend oder als See. Besonders interessant finde ich es aber, wenn Menschen, die ich landauf, landab treffe, mir ihren Heimatort zeigen.

## Ihre Helden der Wirklichkeit?

Allgemein alle, die selbstlos ehrenamtlich da sind, wenn andere in Not sind – zum Beispiel freiwillige Feuerwehrleute, aber auch Menschen, die von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet in ihrem Umfeld für andere da sind und Beistand leisten.

## Ihre Helden der Geschichte?

Da gibt es so viele, es ließen sich Bücher damit füllen.

## Welche Reform bewundern Sie am meisten?

Bismarcks Sozialgesetzgebung.

## Ihr Lieblingsmaler?

Emil Nolde.

## Ihr Lieblingschriftsteller?

Von Karl May habe ich jedenfalls wohl alle Romane gelesen.

## Ihr Lieblingskomponist?

Ludwig van Beethoven.

## Ihre Lebensweisheit?

Keine Weisheit, aber ich sehe das Glas eher halb voll als halb leer; finde Kraft in der Ruhe, am Wasser und in der Natur und sehe die Sonne auch hinter Regenwolken scheinen! <

## Teil 4 Hilfe im Technikdschungel:

# Im Internet browsen

Die letzten Beiträge meiner Serie zum Thema Computer und Technik haben Sie auf dem Weg von der richtigen Gerätewahl über die Einrichtung Ihres Computers mit den wichtigsten Programmen bis zum Versand Ihrer ersten Mail begleitet. Ein letzter Punkt für Ihre Basisausstattung Computer fehlt noch in dieser Abfolge: das Surfen im Internet. Als Einfallstor zum World Wide Web (Internet) benötigen Sie, unabhängig von Ihrem Computertyp, einen sogenannten Browser. Dieser fungiert als Ihre persönliche Schaltzentrale, wo Sie sich auch immer im Internet hinnavigieren möchten. Die am häufigsten derzeit verwendeten Browser sind der Internet Explorer der Firma Microsoft und Firefox aus dem Hause Mozilla. Wenn Sie Besitzer eines Apple-Rechners sind, greifen Sie über den Safari-Browser auf das Internet zu. Die Grundausstattung aller Browser ist ähnlich, sodass Sie nicht allzu viele Gedanken an die richtige Browserwahl verschwenden sollten.

Das wichtigste Bedienelement eines jeden Browsers ist die Adressleiste, in die Sie die Adresse bzw. die URL der Website eingeben, auf die Sie zugreifen möchten. Die Adresse einer jeden Website ist immer gleich aufgebaut: Sie beginnt mit einem `www.`, fährt fort mit dem tatsächlichen Namen der Seite, bspw. `google`, und endet mit der Länderkennung. Für Deutschland würden Sie, um auf die Suchmaschine Google zu gelangen, demnach `www.google.de` in Ihre Adresszeile eingeben. Um sich zu einer bestimmten Webseite zu bewegen, ist es nicht zwingend nötig, deren genaue Adresse zu kennen. Wenn Sie bspw. von Ihren Enkeln gehört haben, dass die Deutsche Bahn im Internet auch die Ticketbuchung anbietet und Sie dies ausprobieren möchten, aber nicht mehr genau wissen, ob `www.deutschebahn.de` oder `www.bahn.de` nun die genaue Adresse war, hilft Ihnen die Suchmaschine Google. Wenn Sie auf `www.google.de`



nach dem Suchwort `Bahn` oder `Deutsche Bahn` suchen, werden Sie in den Suchergebnissen automatisch mit dem Link (direkte Verbindung zur Website) versorgt. Genauso verhält es sich, wenn Sie auf gut Glück unterwegs sind und sich im Netz nach Angeboten zu Ihrem Hobby Segeln oder Schach erkundigen wollen. Geben Sie diese Suchtermini bei Google ein, und die Trefferliste wird Sie mit ausreichend Lesematerial versorgen.

Wenn Ihnen ein Treffer der Suchanfrage



**Der Autor: Oliver Bruemmer ist Verleger, doppelter Buchautor und arbeitet hauptberuflich als Unternehmensberater.**

gefällt, bieten alle Browser Ihnen die Möglichkeit, die Website über die Lesezeichen- oder Favoritenfunktion für den nächsten Besuch abzuspeichern. Wenn Sie diese Speicherfunktion in Anspruch nehmen, werden Sie rasch Ihre Lieblingsseiten im Netz hinterlegt haben und so einen schnellen Zugriff ohne die Verwendung einer Suchmaschine sicherstellen. Ist Ihnen das zu umständlich, hilft Ihnen auch die Browserfunktion der automatischen Adressvervollständigung. Alle Adressen, die Sie in die Adressleiste eingeben, werden von Ihrem Browser für den späteren Einsatz hinterlegt. Sobald Sie also bspw. das Wort `Google` anfangen zu schreiben, vervollständigt der Browser die Adresse, und Sie müssen nur noch mit der Taste `Enter` bestätigen.

Trotz der Autovervollständigen- und Favoritenfunktion lege ich Ihnen ans Herz, die Suchmaschine Google als Startseite in Ihren Browsereinstellungen zu hinterlegen. Google öffnet sich dann automatisch nach jedem Neustart Ihres Browsers. Unabhängig von Ihrem Ziel im Netz bietet Google den optimalen Startpunkt: Von hier ist es ein Leichtes, auf die Onlineversion der Wochenzeitung „die Zeit“ zu gelangen wie auch im Handumdrehen ein Buch bei Amazon zu bestellen.

Weitere Tipps und Tricks im Umgang mit dem eigenen Browser finden Sie u.a. in dem Buch „Mein erster Computer“. <

© Die Bildrechte sind den Urhebern vorbehalten.  
© Die erwähnten Softwarenamen sind urheberrechtlich geschützt.

### Ratgeber für sicheres Surfen

Eine **kostenlose Broschüre „Wegweiser durch die digitale Welt für ältere Bürgerinnen und Bürger“** kann über den Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, E-Mail: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de), oder telefonisch unter der Rufnummer 0 18 05-77 80 90 bestellt werden. Sie kann außerdem von den Internet-Seiten der BAGSO ([www.bagso.de](http://www.bagso.de)) und des Bundesverbraucherschutzministeriums ([www.bmelv.de/](http://www.bmelv.de/) unter Publikationen) heruntergeladen werden.

# Ältere Verkehrsteilnehmer: Gefährdet oder gefährlich?

Nach Berichten über spektakuläre Autounfälle von Senioren gibt es immer wieder die Forderung, ab einem gewissen Alter Fahrtüchtigkeitstests einzuführen. Eine sinnvolle Forderung?

Was spricht eigentlich gegen verbindliche Altersüberprüfungen? Es müsste nachgewiesen werden, dass das Kollektiv der älteren Kraftfahrer ein größeres Gefahrenpotenzial darstellt als andere Altersgruppen. Aber erst ab 75plus steigt die Unfallrate, u. zw. nur bei denjenigen, die weniger als 3.000 Kilometer pro Jahr fahren. Diese Risikogruppe „75plus mit wenig Fahrerfahrung“ kann hier durchaus mit den jüngeren Männern (18 bis 24 Jahre) konkurrieren.

Es gibt einfach große individuelle Unterschiede im Alterungsprozess und damit auch, wann und in welchem Grad die Fahrtüchtigkeit nachlässt. Deshalb stellen generelle gesetzliche Tests ab einem bestimmten Alter eine übergeneralisierende, d. h. altersdiskriminierende und damit falsche Maßnahme dar, nicht zuletzt, weil der finanzielle und administrative Aufwand in keinem Verhältnis zum „Ertrag“ im Sinne der Schadensvermeidung stehen.

## Senioren am Steuer sind öfter Opfer als Täter

Die Statistiken – differenziert betrachtet – widerlegen also den Mythos eines be-

sonders hohen Unfaltrisikos generell bei älteren Fahrern. Restriktive Maßnahmen gegen alle – weil ja so gefährlichen – älteren Kraftfahrer lassen sich so nicht begründen. Im Gegenteil: Ältere Menschen sind eher gefährdet. Denn sie haben im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil ein stark erhöhtes Verletzungs- und Todesrisiko. Dies wird in ihrer Rolle als „schwächere“ Verkehrsteilnehmer am deutlichsten: Von allen getöteten Fußgängern und Fahrradfahrern sind ungefähr 50 Prozent älter als 65 Jahre.

## Ältere fahren nicht schlechter als Jüngere, sie fahren anders

Ohne Frage haben viele ältere Verkehrsteilnehmer altersbedingte Einbußen. Sie sehen schlechter, ihre Motorik lässt nach, und verschiedene Medikamente führen zu Nebenwirkungen, die sich auf ihre Fahrtüchtigkeit auswirken können. Allerdings sind ältere Fahrer in der Lage, altersbedingte Beeinträchtigungen aufgrund langjähriger Fahrpraxis durch eine angepasste Fahrweise auszugleichen; sie entwickeln Strategien, um diese zu kompensieren. So fahren sie z. B. eher am Tag als nachts und meiden Fahrten bei schlech-

tem Wetter. Dennoch hat die Selbsteinschätzung auch ihre blinden Flecke. Insbesondere wenn es darum geht, komplexe Verkehrssituationen zu bewältigen, überschätzt sich (auch) mancher ältere Autofahrer. Wenn unter Zeitdruck schnelle Entscheidungen gefällt werden müssen, wenn auf Kreuzungen keine sichtbaren Vorfahrtsregelungen gegeben sind, oder beim Linksabbiegen, bei Gegenverkehr: In solchen Situationen ereignen sich dann die für höhere Altersgruppen durchaus typischen Unfälle.

## Beratung statt gesetzlicher Prüfung

Zu empfehlen ist die Etablierung von Netzwerken, bestehend aus Seniorenorganisationen, Fahrlehrern und Hausärzten, um geeignete Schulungen, Trainings und Beratungen für Senioren durchzuführen und damit deren Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen. Wir plädieren vor allem für ein Beratungskonzept, in welchem dem Hausarzt eine Schlüsselrolle zufällt. Er soll individuell über krankheitsbedingte Gefahren und auch über Nebenwirkungen von Medikamenten informieren. Ratschläge der Hausärzte werden mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen. Es geht dabei nicht um Kassenleistung, sondern um Selbstverantwortung.

## Neue Verkehrskonzepte sind gefragt

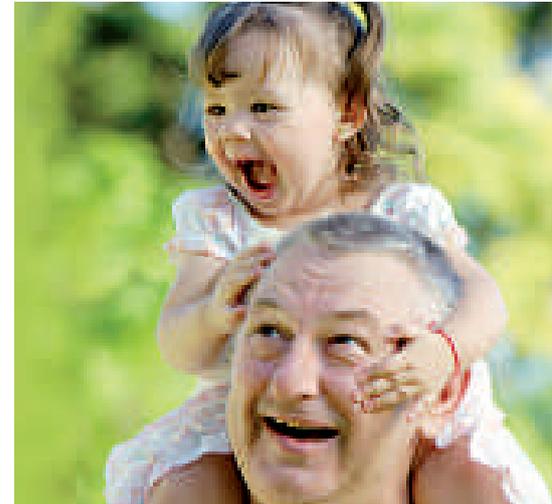
Der Anteil älterer Verkehrsteilnehmer wird aufgrund des demografischen Wandels weiter ansteigen, d.h., in 20 Jahren ist bereits ein knappes Viertel aller Verkehrsteilnehmer 65 Jahre oder älter. Wir brauchen eine Verkehrsumwelt, die allen Be-



Der Autor: **Prof. Dr. Georg Rudinger**, Jahrgang 1942, ist Gerontologe. Vom Mai 1974 bis Ende Juli 2010 war er Professor für das Fach Psychologie am Institut für Psychologie der Universität Bonn. Er ist Gründer und Sprecher des Zentrums für Alternskulturen (ZAK). Seit Mitte 2010 ist er Geschäftsführender Gesellschafter des Umfragezentrums Bonn (UZ Bonn).

## Großelternzeit: Mehr Generationen- Zusammenhalt!

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) plant die Einführung einer sogenannten Großelternzeit (vgl. auch S. 10 dieser Ausgabe). Sowohl bei der Jungen Union (JU) als auch bei der Senioren-Union (SU) stößt das Vorhaben auf offene Ohren. JU-Chef Philipp Mißfelder MdB und SU-Bundesvorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff erklärten deshalb gemeinsam: „Junge Union und Senioren-Union begrüßen ausdrücklich das von Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder MdB geplante Gesetz zur Einführung der Großelternzeit. Der Vorschlag ermöglicht erwerbstätigen Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördert durch die Einbindung der engeren Familie in die Kinderbetreuung zudem den Zusammenhalt der Generationen. Um den Spagat zwischen beruflicher Tätigkeit und Familie zu meistern, sind viele Eltern auf externe Hilfe bei der Kinderbetreuung angewiesen. Das Großelternzeitgesetz sieht vor, den Großeltern Kündigungsschutz und Erhalt des Arbeitsplatzes für die Zeit der familieninternen Kinderbetreuung zu garantieren und damit der älteren Generation hier stärkere Anreize für eine aktive Einbindung zu geben. Damit bringt die Bundesregierung zudem eine weitere Maßnahme auf den Weg, um gerade jungen Müttern die Rückkehr in ihren Beruf zu erleichtern. Bereits heute hilft rund die Hälfte aller



Großeltern bei der Kinderbetreuung mit, diese stellen somit eine wichtige Stütze bei der Vereinbarkeit mit dem Beruf für Eltern dar. Durch das Großelterngehalt werden die Rahmenbedingungen für berufstätige Großeltern erleichtert, und somit wird auch dem Wunsch vieler Rechnung getragen, die Erziehung ihrer Enkel aktiv mitzugestalten und gleichzeitig nicht den Anschluss an die Arbeitswelt zu verlieren. Junge Union und Senioren-Union begrüßen den Gesetzesentwurf als eine familien- und arbeitspolitisch sinnvolle Neuerung sowie Generationen verbindende Maßnahme und unterstützen das Vorhaben nachdrücklich. Das Thema sollte nach Möglichkeit im Zuge des nächsten Koalitionsausschusses auf den Tisch kommen!“

völkerungs- und Altersgruppen eine sichere Mobilität ermöglicht, welche – sei es mit, sei es ohne Auto – in unserer heutigen Gesellschaft Lebensqualität bedeutet. Barrierefreiheit und benutzerfreundliche öffentliche Verkehrsmittel spielen dabei ebenso eine zentrale Rolle wie alles, was mit dem motorisierten Individualverkehr zusammenhängt. Dafür ist es wichtig, generationenübergreifende Konzepte zu entwickeln, z. B. sollten Verkehrspolitik und Verbände sich nicht primär mit der Gefährlichkeit der Älteren beschäftigen, sondern mit der erhöhten Gefährdung älterer Menschen als schwacher und ungeschützter Verkehrsteilnehmer – dies käme auch den Kindern als schwachen Verkehrsteilnehmern zugute.

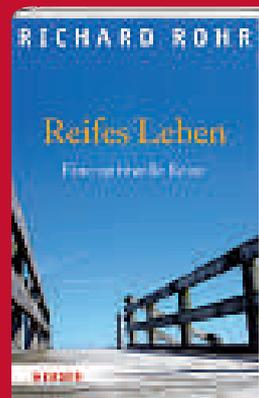
Bei diesen Planungen sollten auch die Älteren aktiv einbezogen werden, die wissen, was für sie und für die Gesellschaft gut ist. Also auch hier heißt es, ganz im Sinne des 6. Altenberichts: Potenziale des Alters nutzen! <

## Was im Leben zählt

Richard Rohrs Buch über die spirituelle Dimension des Älter- und Reiferwerdens: Während Menschen in der ersten Hälfte in Beruf und Partnerschaft an der »Form« ihres Lebens arbeiten, rückt in der zweiten Lebenshälfte dessen »Inhalt« in den Mittelpunkt.

**HERDER**

*Lernen ist Leben*



**Richard Rohr**  
**Reifes Leben**  
Eine spirituelle Reise  
220 Seiten | Gebunden  
mit Schutzumschlag  
und Leseband  
**€ 16,99**  
ISBN 978-3-451-32394-2

Neu in allen Buchhandlungen  
oder unter [www.herder.de](http://www.herder.de)

# WundZentren bieten Patienten eine bessere und erfolgreiche Versorgung!

## Innovative Wundversorgung aus einer Hand



Chronische Wunden sind zum Volksleiden geworden. Ca. vier Millionen Menschen in Deutschland sind hiervon betroffen – Tendenz steigend. Aber warum kommt es hierzu? Der Auslöser für chronische Wunden sind häufig Volkskrankheiten wie Diabetes oder Gefäßerkrankungen, aber auch größere Operationen und Bettlägerigkeit. Und all diese Grunderkrankungen nehmen bei einer alternden Bevölkerung natürlich immer mehr zu – mit der Folge eben auch einer stark steigenden Zahl an schwer heilenden Wunden.

Wenn es aber erst einmal zu Wunden gekommen ist, die nicht mehr von alleine abheilen, dann braucht es zwingend ausgewiesene Spezialisten. Ansonsten steht Patienten oft eine lange und leidvolle Odyssee bevor. Denn eine gute und abheilungsorientierte Versorgung von chronischen Wunden kann man sich wie die Arbeit an einem größeren Bauwerk vorstellen: es braucht exzellente Handwerker – aber auch einen kompetenten Architekten und Koordinator. Leider gibt es in Deutschland aber bislang kaum ambulante Spezialisten, die diesem Anspruch gerecht werden können. Es fehlt an Qualität, Koordination und einer passgenauen Fallsteuerung gemäß dem konkreten Bedarf jedes einzelnen Patienten. Die Folge hiervon sind (unnötig) lange Leidenszeiten, zu seltene Heilungserfolge – und ganz erhebliche Kosten für unser Gesundheitssystem, die sich jährlich auf über 4 Milliarden Euro für wundbedingte Maßnahmen belaufen!

Mit seinen mittlerweile 9 WZ®/WundZentren bietet die Stuttgarter gww GmbH (eine Tochter der Celesio AG/Haniel-Gruppe) seit 2010 eine nachweislich erfolgreiche Lösung dieses Versorgungsproblems. Mit den WZ®/WundZentren stehen den betroffenen Patienten spezialisierte Anlaufstellen für eine professionelle Versorgung von chronischen Wunden zur Verfügung.

Von unseren über 4.000 Patienten seit 2010 konnten so über 70% aller Fälle im Schnitt in unter 6 Monaten zur Abheilung gebracht werden. Bei einer durchschnittlichen Vorbehandlungszeit von über 12 Monaten ist dies ein ganz erheblicher Erfolg und ein großer Gewinn für unsere Patienten!

### Wie gelingt uns dies?

- Wir haben uns ausschließlich auf die Versorgung komplexer Wunden spezialisiert.
- Bei uns stehen Qualität, Integration und ein individuelles Fallmanagement im Mittelpunkt.
- In jedem WZ®/WundZentrum arbeiten hochqualifizierte pflegerische Wundmanager eng mit niedergelassenen Fachärzten zusammen.
- Grundlage dieser Zusammenarbeit ist unser seit Jahren erprobter Behandlungsstandard PELLEGRINUS®, der allen einschlägigen Expertenstandards und Leitlinien entspricht.
- Unsere Abläufe sind TÜV-zertifiziert und unterliegen einer strengen Qualitätssicherung.
- Durch die Vielzahl unserer Spezialisten und WZ®/WundZentren verfügen wir über ein einzigartiges Know-how in der Wundversorgung. Deshalb werden wir auch von führenden Kliniken als ambulanter Partner anerkannt und gesucht.
- Jedes WZ®/WundZentrum verfügt über ein lokales Netzwerk an ergänzenden Versorgungspartnern wie etwa weitere Fachärzte, Pflegedienste, Podologen, etc. Diese werden bei Bedarf in die Behandlung einbezogen.

- Auch die Abgabe des Wundversorgungsmaterials ist in die Behandlung integriert. Dies sichert die Therapietreue, aber erspart dem Patienten auch unnötige und belastende Wege.
- Unsere Wundmanager nehmen sich pro Behandlung durchschnittlich 45 Minuten Zeit. Jeder Patient wird zudem umfassend informiert, beraten und betreut, und es wird mit ihm besprochen, wie er selbst eine rasche Genesung unterstützen kann. Daneben werden auch Termine mit anderen Behandlungspartnern des Netzwerks gemacht und nötige Abstimmungen (etwa mit dem Hausarzt) vorgenommen.

Die Patienten sind somit umfassend versorgt – und fühlen sich auch so! Damit ist das Konzept der WundZentren ein sehr gutes Beispiel für die medizinische Versorgung der Zukunft: Das Prinzip „ambulant vor stationär“ wird hier vorbildlich umgesetzt, da mit der Spezialisierung des ambulanten Sektors eine Vielzahl von ansonsten nötigen Krankenhausaufenthalten vermieden werden kann!

.....

► **Inge M. (72) aus München** leidet seit über sechs Jahren an einer chronischen Wunde am Bein. In dieser Zeit hat sie etliche Besuche bei Ärzten und Krankenhäuser hinter sich gebracht ohne, dass eine Verbesserung zu erkennen war. Dann wurde sie auf das WundZentrum in München aufmerksam. Dieses hat nicht nur ihre Behandlung übernommen, sondern z.B. auch einen Pflegedienst für Frau M. organisiert, der auf Grundlage eines konkreten Therapieplans die Verbandswechsel zwischen den Besuchen im Wundzentrum durchgeführt hat. Nach nur 5 Monaten ist nun eine erhebliche Verbesserung zu erkennen und die Wunde ist fast abgeheilt.



Wenn Sie mehr über die WundZentren erfahren möchten, besuchen Sie unsere Website unter: [www.wundzentren.de](http://www.wundzentren.de)



## Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in **Souverän** interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns:

Senioren-Union der CDU Deutschlands

Leserbriefe  
Konrad-Adenauer-Haus  
Klingelhörerstraße 8  
10785 Berlin

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

### Konservatismus in der CDU

Zur **Souverän** 3-2012, S. 18

Bei Ihrer Frage wäre zunächst festzuhalten, was man unter dem Konservatismus der CDU versteht oder „zu verstehen hat“. Ich meine

- Wir von der CDU setzen **nicht** auf die umfassende staatliche Regulierung und Umverteilung. Beispiel: Wir sträuben uns – wie es nur geht –, gesetzlich die Mindestlöhne einzuführen. Die Mindestlöhne sind als ein Teil der Tarifverträge anzusehen.
- Die CDU setzt sich für die globale soziale Marktwirtschaft ein und damit für die christliche Soziallehre. Die Leitworte dafür heißen Solidarität und Subsidiarität. Danach muss der oder die zunächst leisten, was er oder sie zu leisten vermag, und muss sich so weit wie möglich selbst verantworten. Das gilt natürlich auch für die Familie, dann aber auch für Verbände, Kommunen, Regionen usw.
- Nur wenn man nicht selbst in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen, dann – aber erst dann – hat „man“ Anspruch auf Hilfe durch die nächsthöhere „Einheit“.
- Der Einzelne, die Einzelne sollte alles

tun, um die Hilfe der Gemeinschaft nicht in Anspruch nehmen zu müssen. Hier füge ich für alle Beteiligten hinzu, die Würde des Menschen ist zu achten.

- Die Kardinaltugenden Mäßigung, Tapferkeit, Gerechtigkeit und Weisheit sowie die Sekundärtugenden Pünktlichkeit, Fleiß und Ordnungsliebe gehören m. E. zu unserer christlichen Leitkultur. Liebe Senioren-Union-Freunde, ich fühle mich in der CDU auch nach fünfzig Jahren Mitgliedschaft wohl, weil die CDU sich noch am meisten nach diesen Werten richtet.

**Rudolf Schwarz,**  
70771 Leinfelden-Echterdingen

Konservativ sein bedeutet für mich nicht nur das Bewahren von kulturellen und moralischen Grundwerten, sondern es beinhaltet die Verpflichtung zu einer ausgewogenen Denkweise. Gemeint ist damit nicht das kritiklose Festhalten an alten Denkmustern, sondern es sollen die Erfahrungen der Vergangenheit bewahrt werden, um sie situationsgerecht in das Denken und Handeln der Gegenwart einzubringen. Das fördert eine abwägende, bedachtsame und unaufgeregte Denkweise. Das ist für mich der Kern der Meinungsbildung im modernen Konservatismus. Abwägung und Bedachtsamkeit sind von großer Bedeutung, denn wir leben leider in einer Welt, in der positive Denkansätze und Zielvorstellungen durch Übertreibung ins Gegenteil verkehrt werden. Dazu Beispiele:

- Mehr Demokratie wagen durch Bürgerentscheide hört sich sympathisch an. Wenn dieser Glaubenssatz aber dazu führt, dass jedes Vorhaben in der Republik vom Willen betroffener Bürger abhängt, gerät das Allgemeinwohl in Gefahr. Die notwendige Versorgung mit Stromnetzen, Kraftwerken und Verkehrseinrichtungen könnte daran scheitern ...
- Umwelt- und Naturschutz sind als Staatsziel grundsätzlich zu bejahen. Wenn der Schutz überzogen und außer Acht gelassen wird, dass Industrie, Handel und Dienstleistungen unsere Existenz sichern, wird das negative Folgen haben ...
- Sicher sollen Minderheiten nicht diskriminiert werden. Falsch ist aber, wenn durch das Instrument der political correctness kritische Meinungen unterdrückt werden sollen ...

Deshalb ist das abwägende und unaufgeregte Denken der Konservativen als Gegengewicht zu den einseitigen und emotionalen Denkmustern der Visionäre unverzichtbar ...

**Wolfgang Trautmann,**  
44577 Castrop-Rauxel

Souverän ist sehr dafür zu danken, dass Franz Walter zum Thema „Konservatismus in der CDU“ zu Wort kommen konnte. Denn zeitgleich hat der bekannte Publizist Konrad Adam „Über die Einsamkeit der Konservativen in der Union“ geschrieben. Die Senioren-Union trägt mit der durch Walter eröffneten Debatte dazu bei, einer solchen Einsamkeit zu wehren. Dabei hat Walter recht, wenn er die Schwierigkeiten für den Konservatismus in Deutschland an soziodemografischen Konstellationen festmacht ...

Der Passauer Politologe Werner Patzelt hat indessen auf einen sinnvollen Leitgedanken konservativer Politik hingewiesen, der für mich Tradition notwendig ergänzt: Nachhaltigkeit ... Der Begriff ist derzeit vornehmlich in der Umweltpolitik gebräuchlich, darf aber nicht den Ökologen überlassen bleiben. Wie das geht, hat Benedikt XVI. in seiner Bundestagsrede vorgemacht. Die Grünen mögen sich geschmeichelt gefühlt haben, als der Papst die Umweltbewegung als „Schrei nach frischer Luft“ deutete, bekamen dann aber eine gewaltige Klatsche, als Benedikt aus der Ökologie im herkömmlichen Sinne eine „Ökologie des Menschen“ entwickelte. Ganz so wäre Nachhaltigkeit als allgemeines Politikprinzip zu begreifen: Bei jeder Entscheidung sind deren langfristige oder dauerhafte Wirkungen entscheidend mitzubedenken – im Bildungswesen, in der Finanzwirtschaft usw. Die Balance zwischen Tradition und Nachhaltigkeit richtet das Augenmerk auf das, was bleibt. Und genau das macht aus, was man konservativ nennt.

**Bernhard Mihm, 33100 Paderborn**

### Wie krank ist unser Gesundheitssystem?

Zur **Souverän** 3-2012, S. 24

Mit dieser Frage unterstellt der Autor, dass unser Gesundheitssystem krank ist. Damit hat er zweifellos recht und macht einen allerdings untauglichen Änderungsvorschlag. Er will Tabakwaren, Alkoholika und „dick machende Lebensmittel“ mit einem

Preisaufschlag versehen, um mit diesem Geld den Gesundheitsfont zu stärken. Dabei vergisst der Autor, dass es bei Tabakwaren bereits einen solchen Aufschlag gibt. Dies war jedenfalls die offizielle Begründung für die damalige Steuererhöhung auf Tabakwaren. In der Einleitung des Artikels spricht der Autor von unserem „solidarischen“ Gesundheitssystem. Hier aber irrt der Autor ganz gewaltig, denn es existiert auf dem Gesundheitssektor keine Solidarität. Unter Solidarität versteht man ein System, an dem alle Personen teilhaben. An unserem solidarischen Gesundheitssystem aber nehmen nur die minderbemittelten Personen, (fast) alle Arbeitnehmer mit Durchschnittseinkommen und nur wenige Arbeitnehmer mit höherem Einkommen teil. Die Oberschicht, Freiberufler, Selbständige und auch Beamte entziehen sich der Solidarität.

**Heribert Bürger, 42781 Haan**

### **Generationenprojekt Energiewende**

**Zur Souverän 3-2012, S. 6**

Was haben wir über 80-jährigen Senioren mit der Energiewende zu tun? Bisher wurden erhebliche Steuergelder für Energiesparmaßnahmen im Haus aufgewendet. Für uns Hausbesitzer lohnen sich ein Solardach, neue Heizung oder Fenster etc. nicht, denn die eigenen Investitionen aus unseren Sparmitteln würden sich erst lange nach unserem Tod amortisiert haben. Für uns sind jetzt altersgerechte Umbaumaßnahmen im Haus wichtiger, für die zwar Kredite zur Verfügung gestellt werden, die wir aber auch kaum in Anspruch nehmen können. Daher wären zumindest Entlastungen bei der Einkommensteuer wichtig. Und hier werden auch nur die Handwerkerleistungen nach § 35 EStG berücksichtigt, während wir auf den erheblichen Materialkosten sitzen bleiben, anstatt die Gesamtkosten als außergewöhnliche Belastungen anzuerkennen. Da machen die Finanzämter wegen fehlender gesetzlicher Regelungen aber nicht mit. Das ist auch eine Art Altersdiskriminierung, gegen die sich jedoch bisher niemand eingesetzt hat ...

**Hans-Joachim Krug,  
53545 Linz am Rhein**

### **Generationengerechtigkeit, Rente, Altersarmut**

**Zur Souverän 3-2012, S. 8-15**

Der Artikel „Zukunfts- statt Auslaufmo-

dell“ (S. 8 ff.) erscheint mir als purer „Seitenfüller“, weil dieses KAB-Modell (vom März 2007) heute überholt ist. Der entscheidende Schwachpunkt dieses Renten-Modells ist die 3. Säule, denn wie kann heute eine private Altersversorgung aufgebaut werden?

Angesichts eines Stundenlohns von 8,50 € ... Angesichts der gesunkenen Zinssätze infolge der Bankenkrise ...

Wie kann eine betriebliche Altersversicherung aufgebaut und gesichert werden? Welche mittelständischen Betriebe sind in der Lage, solche Vorsorge zu treffen? Was passiert mit den Einzahlungen bzw. Rücklagen, wenn der Betrieb Konkurs anmelden muss (vgl. hierzu den Fall Schlecker)? ...

Ich hätte eine kritisch-abgewogene Überprüfung des KAB-Modells ... erwartet.

**Norbert Sonntag, 47441 Moers**

### **Warum der Islam nicht zu Deutschland gehört**

**Zur Souverän 3-2012, S. 26**

Ich schließe mich der Meinung von Frau Maron voll und ganz an, es würde mich sehr freuen, wenn namhafte Menschen – vor allem aber Politiker – zum Thema Islam Stellung nehmen würden. Ich bin erschrocken, wie leicht mit unserer Sicherheit umgegangen wird. Der beste Beweis sind die Vorkommnisse und Verhältnisse im Vorderen Orient und Nordafrika! Man hat gedacht, die Region demokratisieren zu können, und erlebt jetzt das Gegenteil ...

**Klaus Buhr, 22941 Bargteheide**

Mit großem Interesse und hochofrenut las ich Monika Marons Beitrag zu diesem nach wie vor aktuellen Thema. Stimme ihren Ausführungen völlig zu. Stimme auch Volker Kauders Korrektur des unsäglich populistischen Satzes von Christian Wulff zu. Schief und missverständlich war seinerzeit zwar auch der Begriff der „Leitkultur“, aber er meinte schon das Richtige, stellte er doch dem Geschwätz von der multikulturellen Gesellschaft eine Gegenposition gegenüber, die weiter diskutiert werden und gegen die vielseitige Kritik kämpferisch vertreten werden muss. Monika Maron zerpfückt akribisch die Konsequenzen der leidigen Wulffschen These. Ein weiteres Beispiel ihrer Folgen lieferte uns Mannheim am letzten Wochenende (Anm. der Red.: Gemeint ist das Wochenende

8./9.9.2012): Aus einem friedlichen Kurdenfest wurden plötzlich gewalttätige Ausschreitungen gegenüber den deutschen Ordnungshütern mit vielen Verletzten. Aus geringfügigem Anlass – eine verbotene Fahne eines Jugendlichen soll es gewesen sein – brechen sich dabei andere kulturelle, ethnische, nationalistische Hintergründe Bahn, die unserer Kultur eben fremd sind. Die Menschen, die von ihnen geprägt sind, können und sollen bei uns friedlich leben und unsere grundgesetzlich garantierten Freiheiten genießen. Sie gehören zu uns! Aber die dahinterstehenden Ideologien und Nationalismen gehören nicht zu Deutschland!

**Ludger Bolwin,  
55270 Klein-Winternheim**

Leider ist es nahezu unmöglich, zu dieser Thematik in der deutschen Medienszene so klare Worte zu finden, wie Sie sie zum Ausdruck gebracht haben. Ich fürchte, vielen Zeitungsmachern fehlt inzwischen der Mut, die Dinge beim Namen zu nennen. Im Gegenteil: Der Islam wird bereits regelrecht verherrlicht ... Meine Bitte an Sie, sehr verehrte Frau Maron, und mein Fazit zugleich: Führen Sie im Interesse der Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Landes den Kampf für ein unverzügliches Umdenken in unserer Gesellschaft mutig fort ...

**Hans E. Hielscher, 55270 Ober-Olm**

### **Generationenausschüsse**

**Zur Souverän 3-2012, S. 13**

Senioren-Union fordert verpflichtende Einführung! Dieser Forderung wird die Landesregierung wohl eher nicht nachkommen. In Nordrhein-Westfalen wurde gerade eine lesenswerte Broschüre – „Kommunale Seniorenvertretungen“ – vom Landesseniorenbeirat herausgegeben (siehe: [www.lsv-nrw.de](http://www.lsv-nrw.de)). Ich zitiere aus dem Grußwort der Ministerin Barbara Stefens: „In 160 Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens bereichern demokratisch legitimierte Vertretungen der Seniorinnen und Senioren das Zusammenleben und das Miteinander der Generationen.“ Besser wäre es, statt Generationsausschüsse zu fordern, dass Mitglieder der Senioren-Union sich bemühen, in den bestehenden Gremien, die es in allen Bundesländern gibt, mitzuarbeiten und damit mitzugestalten.

**Hermine Hecker, 22047 Hamburg**

Neue Wege  
der Gesundheits-  
versorgung:

## Therapie per Mausklick

Die steigende Zahl chronischer Erkrankungen ist eine zunehmende Herausforderung für das Gesundheitssystem. Mit seiner 2010 gegründeten Initiative HausMed präsentiert der Deutsche Hausärzteverband einen vielversprechenden Lösungsansatz: internetgestützte Verhaltensschulungen, die in die hausärztliche Versorgung integriert werden.

Im Jahr 2060 wird etwa jeder zweite Deutsche 65 Jahre oder älter sein - mit gravierenden Folgen für unser Gesundheitssystem. Infolge der Verschiebung der Altersstruktur wird es in Zukunft mehr Menschen geben, die durch das Gesundheitssystem versorgt werden müssen, und immer weniger, die diese Versorgung übernehmen können. Laut einer Analyse des Robert-Koch-Instituts ist ab dem Alter von 65 Jahren mehr als die Hälfte aller Deutschen von (mindestens) einem chronischen Leiden betroffen. Die steigende Zahl chronischer Erkrankungen macht eine Anpassung der bestehenden Gesundheitsversorgung in Deutschland somit unumgänglich.

Vor allem die hausärztliche Versorgungspraxis ist davon betroffen. 80% aller Beratungen betreffen hier direkt oder indirekt chronische Erkrankungen. Deutsche Hausarztpraxen müssen auf die Zunahme an chronisch Kranken vorbereitet sein - nicht nur darauf, dass Therapien eingeleitet, sondern auch durchgehalten werden.

### Lebensstiländerung ist essenziell für chronisch Kranke

Als wohnortnahe Vertrauensperson ist der Hausarzt in der Regel der wichtigste Ansprechpartner für Patienten. Chronische Erkrankungen erfordern jedoch einen integrativen und interdisziplinären Behandlungsansatz, der innerhalb der regulären Sprechstunde beim Arzt kaum gewährleistet werden kann. Mit seiner 2010 gegründeten Initiative HausMed hat sich der Deutsche Hausärzteverband diesem Problem angenommen, indem er dem Hausarzt die geeigneten Instrumente zur Seite stellt, um trotz knapper Sprechstundenzeiten eine adäquate Betreuung chronisch kranker Patienten zu gewährleisten. Dabei setzt HausMed auf internetbasierte Verhaltensschulungen.

Für Menschen mit chronischen Erkrankungen ist eine Lebensstiländerung essenziell. Studien haben gezeigt, dass bestimmte Faktoren des Lebensstils maßgeblich darauf Einfluss nehmen, ob jemand an einer chronischen Erkrankung leidet oder nicht. Internetbasierte Vorsorgeprogramme ermöglichen es Patienten, jederzeit und überall etwas für ihre Gesundheit zu

tun. Einzige Voraussetzung ist ein internetfähiger PC oder ein Smartphone. Auf diese Weise erreichen diese Programme die Betroffenen genau da, wo sie ihr Verhalten verändern müssen: im Alltag.

### Mit dem Internet zu mehr Gesundheit

Die von HausMed entwickelten Verhaltensschulungen unterstützen nicht nur bei der Bewältigung chronischer Erkrankungen wie Diabetes und Bluthochdruck, sondern auch beim Abnehmen, der Rauchentwöhnung, der Reduktion von Stress, bei Rückenschmerzen und Depressionen. Die Programme berücksichtigen die Vorerkrankungen, Lebensrhythmen und individuellen Bedürfnisse des Patienten. Wochenaufgaben und tägliche SMS-Erinnerungen helfen dabei, Verhaltensänderungen anzustoßen. Der große Trumpf im Ärmel des Programms bleibt jedoch der Hausarzt - er steht dem Patient mit medizinischem Rat zur Seite und unterstützt ihn durch regelmäßige Anrufe. In einem geschützten Bereich kann der Hausarzt nachverfolgen, ob der Patient medizinische Auffälligkeiten aufweist oder das Programm vernachlässigt. So wird der Patient motiviert, einen zunehmend großen Beitrag zum eigenen Therapie-Erfolg zu leisten.

Alle HausMed-Coachings sind evidenzbasiert, leitlinientreu und pharmaneutral und im Gegensatz zu vielen anderen Gesundheitsdienstleistungen keine reinen IGeL-Leistungen - die Kosten für die HausMed-Coachings Leichter leben (Abnehmen), Rauchfrei und Stressfrei werden bereits von allen Betriebskrankenkassen und zahlreichen Krankenkassen erstattet. Mehr Informationen unter [www.hausmed.de](http://www.hausmed.de)

## Mutige Bürger braucht das Land

Der eine war der erste renommierte studierte deutsche Politikwissenschaftler, der in die aktive Politik ging. Von allen Ministerpräsidenten hat er am längsten regiert, und nach wie vor ist Bernhard Vogel einer der beliebtesten deutschen Politiker. Günther Nonnenmacher ist, wie Vogel, Schüler des einflussreichen Politologen Dolf Sternberger. Seit 1994 analysiert und kommentiert er als Herausgeber der FAZ und somit als einer der einflussreichsten Journalisten der Republik die politische Entwicklung des Landes und der internationalen Politik. In einer Situation, die für viele immer unübersichtlicher wird, kommen die beiden in ein aufschlussreiches Gespräch: Die Demokratie in Deutschland scheint ausgedörrt, die Wähler verdrossen und abseits stehend. Was sind die Krankheitsherde der Demokratie? Wodurch ist sie tatsächlich bedroht? Was ist Aufgabe der Politik und der Politiker, wie ist ihr Handlungsspielraum? Was ist Aufgabe der Bürger? Wie müsste politische Führung in diesen unübersichtlichen Zeiten agieren? Die beiden Autoren halten der Demokratie



**Bernhard Vogel/Günther Nonnenmacher: Mutige Bürger braucht das Land – Chancen der Politik in unübersichtlichen Zeiten, Verlag Herder, Freiburg 2012, 300 Seiten, ISBN-13 978-3-451-32579-3, € 19,99**

## Der Energiespar-Ratgeber

Was kann man gegen steigende Energiekosten tun? Dies fragte sich auch Herbert Reul, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und dort als Energieexperte bekannt. Während der Beratungen zur Energieeffizienzrichtlinie überlegte er, was er persönlich ganz unabhängig von seiner parlamentarischen Arbeit dazu beitra-

den Spiegel vor, geben Erfahrungen weiter, regen zum Nachdenken an und machen Mut. Historische Erfahrung und aktuelles Hintergrundwissen, präzise Diagnose und klare Zukunftsperspektive treffen in einem spannenden Buch zusammen.

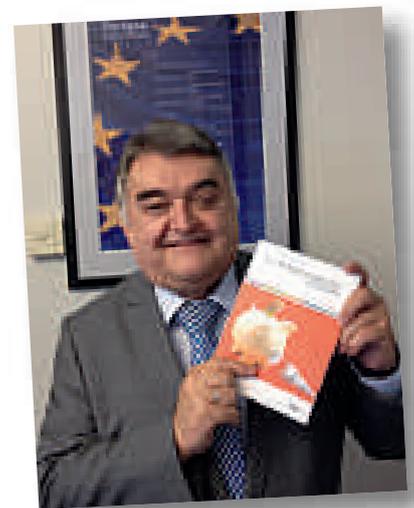
**Bernhard Vogel/Günther**

## Wir gratulieren!

**Fünf attraktive Bildbände für die richtige Lösung unseres Kreuzworträtsels in der Ausgabe 3-2012 (Lösungswort: Deutschland)**

**gingen an:**

Kurt Löffler, Herdwangen-Schönach  
Paul Trittlar, Oberkochen  
Christa Kuhlmann, Dorsten  
Waltraud R. Herrmann, Mainz  
Elvira und Günter Ziegler, Vellmer.  
Herzlichen Glückwunsch und angenehme Lektüre!



gen kann, dass Energie effizienter genutzt wird. Das Ergebnis ist ein praktischer Energiespar-Ratgeber in Taschenbuchformat. Auf rund 140 Seiten findet man sinnvolle Tipps und Anregungen, wie Sie Ihre Strom- und Heizungskosten sowie Ihren Benzinverbrauch reduzieren können. Reul: „Die Menschen müssen sich selbst dazu entscheiden, Energie zu sparen. Das kann nicht verordnet werden. Um jedoch einen Anreiz zu bieten, sollten Tipps und Informationen zur Verfügung stehen.“ Das Buch ist ein hilfreiches Nachschlagewerk für jedermann und ein guter Einstieg für die eigenen Anstrengungen.

**Herbert Reul (Hrsg.): Der Energiespar-Ratgeber, Aqua-Verlag, Bezug über: Europabüro Herbert Reul, Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach, E-Mail: h.reul@herbert-reul.de, Tel.: (0 22 02) 9 36 95 – 55, Fax: (0 22 02) 9 36 95 – 61, € 12,90**

## Anglizismen: Nicht gern gehört?

Ulrike Dömeland, Studentin im Bereich Internationale Fachkommunikation (Fachübersetzen Englisch/Französisch) an der Hochschule Magdeburg-Stendal, führte am Rande der Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union (vergl. S. 6-10) im Rahmen einer Bachelorarbeit eine Befragung zum Thema „Anglizismen in der deutschen Werbesprache und deren Rezeption durch Senioren“ durch. Hier einige Ergebnisse:

- ▷ Rund 58% der Befragten sind der Meinung, dass es zu viele Anglizismen gebe.
- ▷ Über 93% der Teilnehmer haben den

Eindruck, dass in der Werbung oft englische Wörter benutzt werden, und rund 85% finden daran keinen Gefallen.

- ▷ Rund 65% der Befragten versuchen, Anglizismen zu vermeiden. Wenn ihnen jedoch kein besseres deutsches Wort einfällt, benutzen rund 45% englische Worte.
- ▷ 16% erachten Anglizismen als einfacher und treffender.
- ▷ Fast 63% sprechen sich dafür aus, Deutsch als Landessprache in die Verfassung aufzunehmen.
- ▷ Nur rund 6% halten Anglizismen für eine Bereicherung.

## Integrierte Wundversorgung durch Pflegefachkräfte und ärztliche Spezialisten!



Mehr Infos finden Sie  
auf unserer Homepage  
[www.gvw-gmbh.de](http://www.gvw-gmbh.de)



Besuchen Sie uns am **04./05.12.2012** auf  
dem Parteitag am Stand der Celesio





Fiakerfahrt WIEN - Schloß Schönbrunn

## SCHLOSSHOTEL OTH

Wien erleben - in Baden wohnen

BADEN BEI WIEN, ÖSTERREICH

★★★★

Beim Badener Sandstrand-Thermalfreibad,  
prächtigem Rosenpark & Wien-City-Bus  
A-2500 BADEN bei Wien, Schlossgasse 23  
Tel: +43/ (0) 2252 / 444 36, Fax 44 900

## WIEN - Ihre besondere VEREINSREISE!

**Planen Sie mit einer Gruppe von Freunden (oder Verein) eine besondere WIEN-Reise? - dann wäre das WIEN-Erlebnisprogramm vom SCHLOSSHOTEL OTH in BADEN BEI WIEN genau das Richtige!**

Ein für Sie maßgeschneidertes WIEN-Programm - speziell nach Ihren Wünschen und nach Anzahl Ihrer Reisetage - stellen wir Ihnen gerne zusammen! Bei Organisation Ihrer WIEN-Vereinsreise 2013 sind wir Ihnen gerne behilflich und die Preise sind durchaus günstig! Rufen Sie uns doch unverbindlich an:  
**Tel.: 0043 / 2252 / 44 436**  
Siehe Internet, unter:  
[www.oth.info/wien-reise](http://www.oth.info/wien-reise)

**1. Tag: Anreise nach BADEN BEI WIEN**  
„Herzlich Willkommen im Schlosshotel Oth!“  
Familie Oth lädt Sie am Anreisetag zu einem gemütlichen Kerzerabend mit Begrüßungs-Cocktail, Musik und original Wiener Apfelstrudel-Bufferet ein.

**2. Tag: Neusiedler See - Pußtafahrt ins Burgenland**  
- in die Heimat des „WINZERKÖNIGS“ (TV-Serie)  
Freuen Sie sich auf eine Fahrt durch die malerische Weinlandschaft des Burgenlandes und genießen Sie eine Weinkost in den pittoresken „Storchenhäusern“ mit leicht ungarischem Flair von Rust und Mörbisch. Besichtigung vom prunkvollen Schloß Esterhazy – der Wirkungsstätte von Joseph Haydn (Komponist der deutschen Hymne) in Eisenstadt. Schiffsrundfahrt auf Europas größtem Steppensee – dem Neusiedler See. Abends Einkehr in eine urwüchsige Pußta-Csarda mit Zigeuner Musik.

**3. Tag: Große Stadtrundfahrt in WIEN,**  
Schloß Schönbrunn & prächtig beleuchtetes WIEN  
Besichtigen Sie mit uns die Prunkräume der Kaiserin Maria-Theresia im Schloß Schönbrunn. Schloß Belvedere, Wiener Hofburg, Hundertwasserhaus etc. Fahrt mit dem Riesenrad im Wiener Prater. Bummel durch die historische Wiener Altstadt mit Gelegenheit zum Shopping in der Fußgängerzone. Abends Einkehr beim gemütlichen „Heurigen“ (Winzerschenke) mit Musik in Grinzing/Neustift. Danach Blick vom Kahlenberg auf das Lichtermeer der Donaumetropole.

Anschließend, bei einer besonderen Abend-Fahrt über die Ringstraße, entlang der Staatsoper, Wiener Hofburg, Rathaus, Parlament etc. sehen Sie die Wiener Prachtbauten in strahlendes Licht getaucht. Ein fantastisches und beeindruckendes Erlebnis!

**4. Tag: BADEN BEI WIEN: Malerischer Altstadt-Spaziergang** durch den berühmten Operetten-Ort Eingebettet in den südlichen Wienerwald, umgeben von Raubritterburgen und Weingärten, liegt 26 km südlich von Wien der reizende Villenort **BADEN BEI WIEN** (30.000 Einw.). Handlungsort zahlreicher Wiener Operetten, wie z.B.: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß, dem Walzerkönig. Heute, mit seinem gemütlichem Ambiente und besonderem österreichischen Flair, einer der größten und attraktivsten Sommer-Urlaubsorte Österreichs. Mit einem der prächtigsten Rosenparks Europas – über 99.000 Rosenblüten, mit dem größtem Casino unseres Kontinents, mit einer beeindruckenden Pool-Landschaft und Sandstrand im Badener „Sandstrand-Thermalbad“ (... nur 50m vom Schlosshotel Oth), der „Sommer-Arena“ (Operetten-Theater) u.v.a.m. Ein Urlaubsort, der einfach zum länger Verweilen und genießen von schönen Urlaubstagen einlädt.

**5. Tag: Tag zur freien Verfügung in WIEN,**  
Theater- oder Konzertabend in WIEN  
Heute bleibt viel Zeit für Ihre persönliche Programmgestaltung in WIEN. Unser Tipp: Genießen Sie bei einem Bummel durch die Wiener Altstadt die einzigartigen Kunstschatze der zahlreichen Wiener Museen, die Schatzkammer oder das Training der „Spanischen Hofreitschule“ in der Wiener Hofburg. Kosten Sie die „Sachertorte“ mit einer „Melange“ und abends sehr empfehlenswert, ein Theater- oder Konzertbesuch!

**6. Tag: Mit dem Donauschiff durch die „WACHAU“**  
Besichtigung des prunkvollen Benediktiner-Stiftes Melk, Schiff-Fahrt durch den schönsten Teil der Donaulandschaft, durch das UNESCO-Kulturerbe „die WACHAU“! Von Melk nach Dürnstein mit der „Königin der Wachau“ (Schiff der TV-Serie „Donauprinzessin“). Besichtigung des mittelalterlichen Dürnstein, wo der englische König Richard Löwenherz gefangen gehalten wurde!

**7. Tag: Ungarn mit Stadtrundfahrt in BUDAPEST oder Slowakai mit BRATISLAVA**  
Die zentrale geografische Lage vom Schlosshotel Oth in Baden bei Wien bietet sich geradezu an, heute – in relativ kurzer Fahrzeit – auch eine der zwei weiteren traditionsreichen Krönungsstädte der Habsburgerkaiser zu besuchen: Entweder über die alte Römerstadt Carnuntum in die Slowakei, zur Stadtrundfahrt nach BRATISLAVA, oder nach Ungarn über Sopron zur Stadtrundfahrt nach BUDAPEST ...!

**8. Tag: Berühmte Sehenswürdigkeiten des WIENERWALDES**

Entdecken Sie mit uns die sehenswerten Ziele in der Umgebung von Wien: das ehemalige Jagdschloß des Kronprinzen Rudolf von Österreich: Mayerling, Zisterziensertift Heiligenkreuz, Burg Liechtenstein – Stammsitz des Fürstengeschlechtes Liechtenstein, Wienerwald-Seegrotte, etc. Abends Einkehr bei Musik ins „Alte Zechhaus zum Krug“, im berühmten Weinort Gumpoldskirchen!

**9. Tag: Tag zur freien Verfügung – Casino-Abend**  
Ruhe, Erholung, Genießen in Baden bei Wien. Wie wär's mit einem Spaziergang auf dem vielbesungenem „... kleinem Wegerl im Helenental“ oder durch Weinberge zu urwüchsigen Winzerschenken auf ein Glaser'l Wein und einer Brett'l-Jause in den lauschigen „Heurigen-Gärten“? Oder Relaxen, Schwimmen und Massagen im „Sandstrand-Thermalbad&Therme“ (gratis Entree für unsere Gäste) – nur 50m vom Schlosshotel Oth! Abends lädt die Hotelier-Familie Oth zu einem „Farewell-Cocktail“. Danach viel Glück im Casino Baden – dem größten Spielcasino Europas (freier Entree und Spiel-Erklärung!)

**10. Tag: Leider wieder Heimreise!**  
Oder, wie wär's mit einer Urlaubs-Verlängerung in Baden bei Wien, im Schlosshotel Oth?

„Ihre Urlaubs-Idee“ für eine attraktive & gut organisierte  
**WIEN - VEREINSREISE 2013**  
Für weitere Informationen  
**Tel: 0043 / 2252 / 44 4 36**

